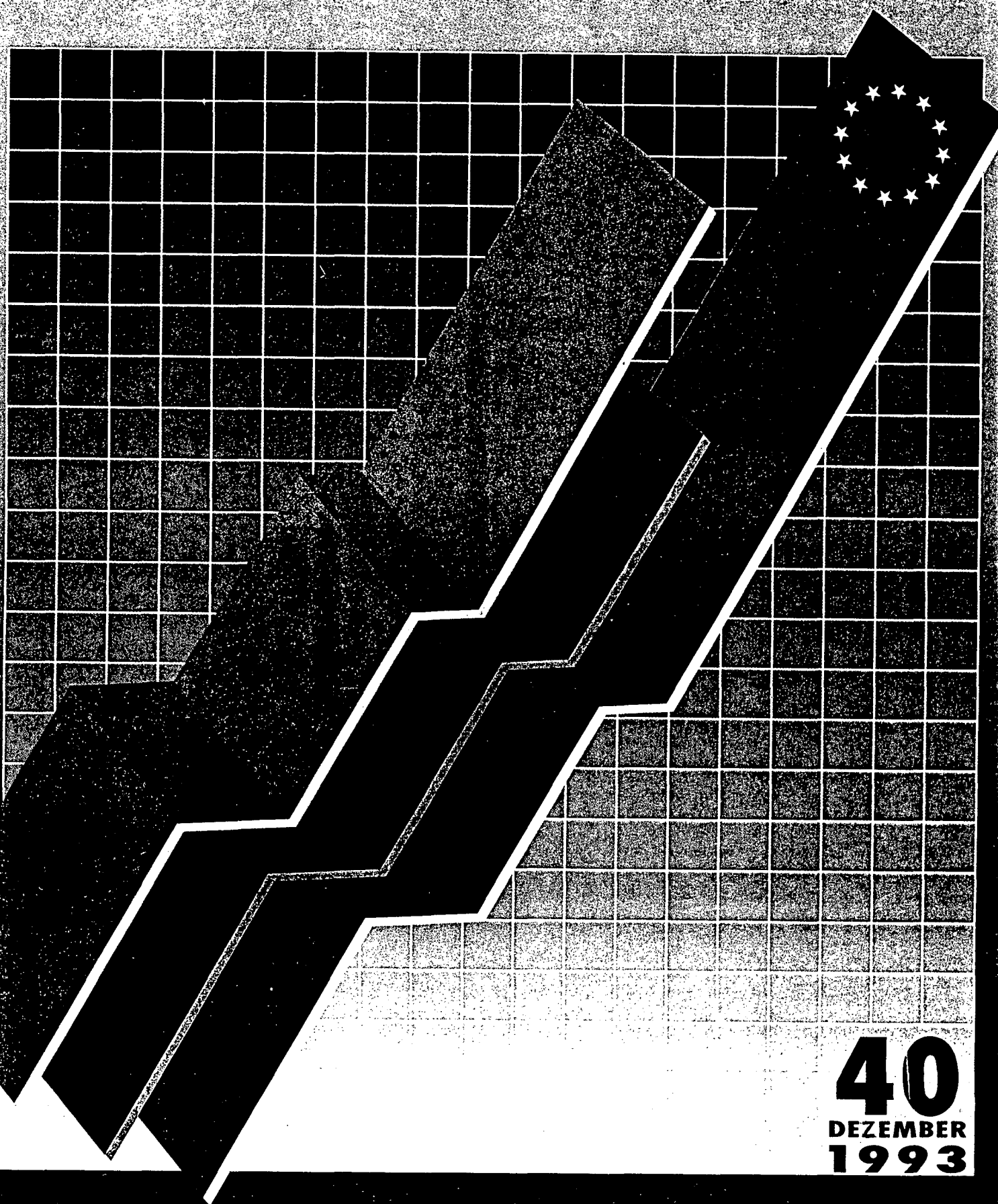


EUROBAROMETER



Die EUROBAROMETER-Meinungsumfrage Nr. 40 wurde zwischen dem 13. Oktober und dem 9. November 1993 und damit etwa zu der Zeit durchgeführt, als der Vertrag über die Europäische Union (EU) in Kraft trat.

SCHLAGZEILEN

- * Zum fünften Mal hintereinander ist die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Union rückläufig und befindet sich heute auf dem gleichen Niveau wie Mitte der 80-er Jahre. Die allgemeine Zustimmung zur Europäischen Einigung ist jedoch mit 73% nach wie vor hoch.
- * Über die Europäische Gemeinschaft wird nach wie vor viel in den Nachrichten berichtet, aber doch deutlich weniger als vor einem **Jahr** auf dem Höhepunkt der Diskussion um Maastricht. Nach dem Ausscheiden des britischen Pfunds aus dem EWS und dem französischen Referendum von 1992 empfinden mehr Europäer ein "Informations-Defizit": fast drei Viertel der Bürger der EU - und damit zwei Drittel mehr als 1992 - fühlen sich nach wie vor nicht gut über die EG informiert.
- * In allen Ländern mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs war die Mehrheit der Befragten, die eine Meinung äußerten, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Maastricht positiv zu diesem Vertrag eingestellt.
- * In 9 Ländern sprechen sich absolute Mehrheiten dafür aus, daß die Union bis 1999 über eine einheitliche Währung verfügt. In Deutschland, Dänemark und dem Vereinigten Königreich hingegen sind absolute Mehrheiten gegen diesen Vorschlag (wobei die Ablehnung in Dänemark und dem Vereinigten Königreich weiter zunimmt).
- * Überall sind absolute Mehrheiten für eine gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union gegenüber Nicht-EG-Staaten und für das Streben nach einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Ausnahme: Dänemark). Allerdings gab es während der vergangenen sechs Monate eine deutliche Verlagerung weg von der Ansicht, daß Entscheidungen in Fragen der Sicherheit und Verteidigung innerhalb der Union gemeinsam getroffen werden sollten, und hin zu der Meinung, daß dafür die jeweilige nationale Regierung allein zuständig sein sollte.
- * Die Bürger der EU sehen die Lage am Arbeitsmarkt ihres Landes sowohl für 1993 als auch für 1994 überwiegend pessimistisch. Ihre persönlichen beruflichen Aussichten halten sie jedoch alles in allem eher **für** etwas besser als für schlechter.
- * Nach Auffassung der meisten Bürger sind in erster Linie die nationalen Regierungen dafür zuständig, die Bürger über die Europäische Union zu informieren. An zweiter Stelle werden die Europäischen Institutionen (Kommission und Europa-Parlament gleichermaßen), häufig aber auch Schulen und Universitäten genannt.
- * Die meisten Bürger der EU empfinden eine **Art** europäische Identität. Lediglich im Vereinigten Königreich sind diejenigen in der **Überzahl**, die sich nur als Bürger ihres eigenen Landes sehen, während die Dänen und Iren in der Frage, ob sie sich als Europäer und/oder Bürger ihres eigenen Landes sehen, gespalten sind.

VORBEMERKUNG

EUROBAROMETER-Meinungsumfragen ("Standard EUROBAROMETER-Meinungsumfragen") werden im Auftrag der Generaldirektion "Audiovisuelle Medien, Information, Kommunikation, Kultur" der Kommission der Europäischen Gemeinschaften seit dem Herbst 1973 (EB Nr. 0) jedes Frühjahr und jeden Herbst durchgeführt. Seit Herbst 1980 schließen sie Griechenland, seit Herbst 1985 Spanien und Portugal und seit Herbst 1990 die ehemalige DDR ein.

Einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und darüber wird ein für alle Mitgliedstaaten gleichlautender Fragebogen vorgelegt. In jedem Land werden 1.000 Personen befragt; lediglich in Luxemburg umfaßt die Stichprobe **300** Personen und im Vereinigten Königreich 1.300 (1.000 in Großbritannien und 300 in Nordirland). Um die Integration der fünf neuen Länder in das vereinigte Deutschland und in die EG zu beobachten, werden ab EUROBAROMETER Nr. **34** jeweils 1.000 Personen in West- und Ostdeutschland befragt.

Bis zum EUROBAROMETER Nr. **31** wurden die Umfragen von nationalen Instituten durchgeführt, die im "European Omnibus Surveys" (EOS-Gallup Europe) zusammengeschlossen sind. Die Ausarbeitung der Fragebogen (in Zusammenarbeit mit dem Referat "Meinungsumfragen, Untersuchungen und Analysen" der Kommission), die internationale Koordinierung sowie die statistische Erstauswertung der Daten lag bei "Faits et Opinions", Paris. Seit EUROBAROMETER Nr. **32** werden die Umfragen von nationalen Instituten durchgeführt, die dem "INRA (EUROPE)-European Coordination Office" Brüssel angehören.

Alle beteiligten Institute wurden über Ausschreibungen ausgewählt. Alle sind Mitglieder der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR), deren Normen für sie verbindlich sind.

Die für die gesamte Gemeinschaft aufgeführten Zahlen sind gemäß der Erwachsenenbevölkerung eines jeden Landes gewichtet. Wegen Auf- oder Abrundung summieren sich die Prozentwerte nicht immer genau auf 100, sondern z.B. auf 99 oder 101. Wenn mehrere Antwortenzugelassen sind, können die Prozentwerte auch deutlich über 100% hinausgehen. Die in den Schaubildern ausgewiesenen Prozentwerte können aufgrund der Verwendung bereits zuvor gerundeter Zahlen um rund 1% von den in den Tabellen aufgeführten Zahlen abweichen.

Wie bei Umfragen dieser Art üblich, übernimmt die Kommission für Fragen, Ergebnisse und Kommentare keinerlei Gewähr. Der vorliegende Bericht, den das Referat "Meinungsumfragen, Untersuchungen, Analysen" der Generaldirektion "Audiovisuelle Medien, Information, Kommunikation und Kultur" erstellt hat, ist für den Dienstgebrauch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bestimmt.

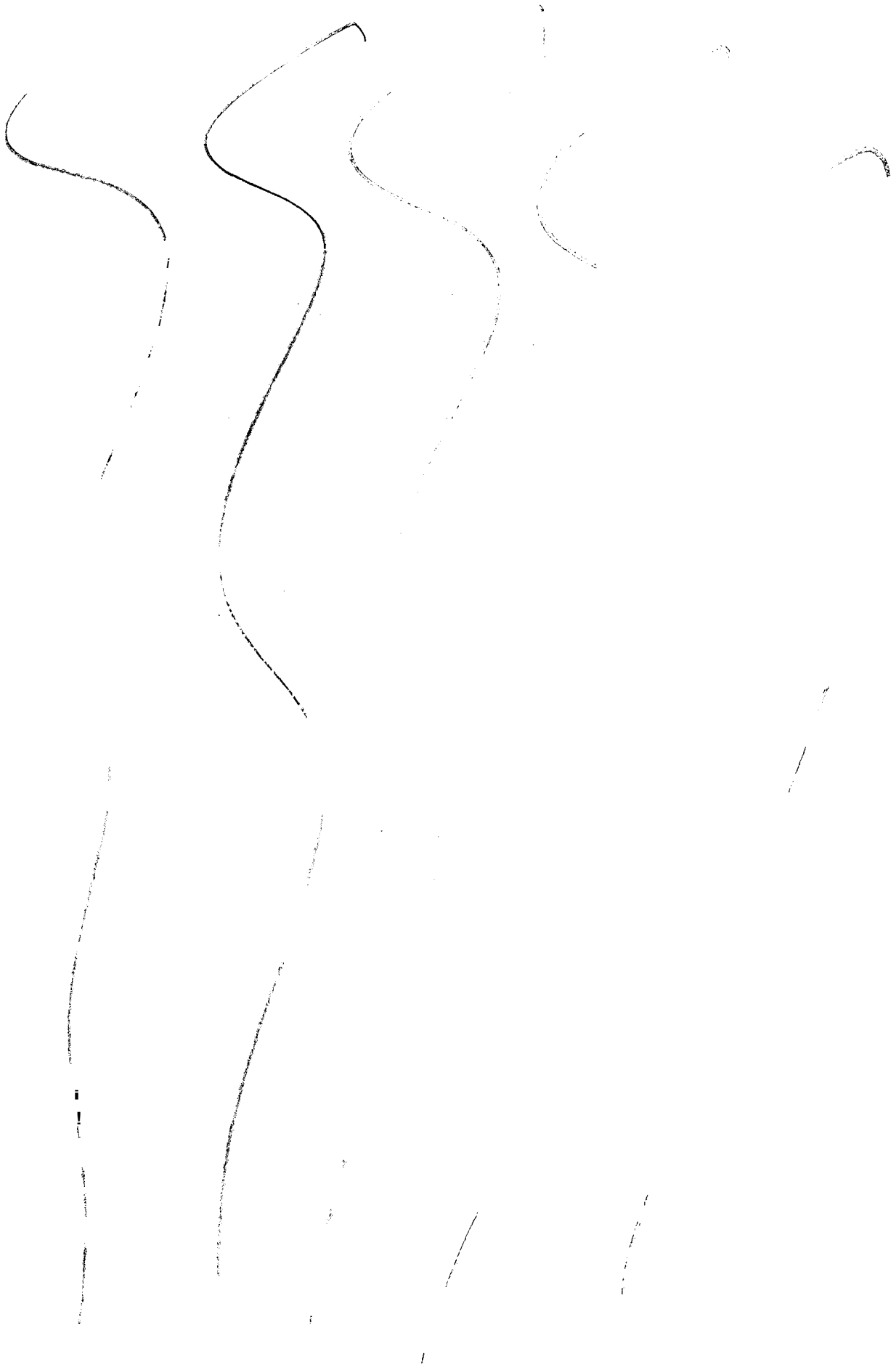
- ⊗ Einige der hier vorgelegten Ergebnisse wurden bereits im Rahmen eines Vorabdrucks (7. Dezember 1993) veröffentlicht. Die Abschnitte bzw. Absätze, deren Ergebnisse schon in früheren Veröffentlichungen genannt wurden, sind seitlich mit einem ⊗ gekennzeichnet.

Detaillierte Tabellen mit Reihen von Variablen, die teilweise bis auf das Jahr 1974 zurückgehen, wurden früher zweimal jährlich als Anhang B bzw. in Band II des EUROBAROMETER-Berichts veröffentlicht. Derzeit wird einmal jährlich unabhängig eine einzige, ausführlichere Fassung veröffentlicht, die auch Reihen kurz- und mittelfristiger Trends enthalten. Die erste getrennte Ausgabe dieser "EUROBAROMETER TRENDS" ist im **März** 1991 erschienen.

INHALT

EDITORIAL: 20 JAHRE EUROBAROMETER

i.	DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE	2
1.1	Haben sich die Prioritäten in den letzten 20 Jahren geändert?	
1.2	Erwartungen für 1994	
1.3	Das demokratische Defizit	
1.4	Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Einigung	
1.5	Das Image der Kommission	
1.6	Die belgische Präsidentschaft	
2.	DEN BÜRGERN DIE EUROPÄISCHE UNION VERMITTELN	22
2.1	Bekanntheitsgrad der EU und ihrer Institutionen	
2.2	Interesse an mehr Informationen	
2.3	Woher diese Information beziehen?	
2.4	Wer sollte diese Information liefern?	
2.5	Neue Wege der Kommunikation	
2.6	Trends in der Verwendung der Medien	
3.	EUROPA-POLITIK	26
3.1	Bekanntheitsgrad der wichtigsten Probleme	
3.2	Maastricht	
3.3	Subsidiarität: nationale Entscheidung oder EG-Zuständigkeit	
3.4	Der europäische Binnenmarkt	
3.5	Die Stellung der EU in der Welt	
4.	ARBEITSMARKINITIATIN IN DER EUROPÄISCHEN UNION	32
4.1	Arbeitslosigkeit: Probleme und Lösungen	
4.2	Job-Sharing	
4.3	"Flexible" Arbeitszeiten	
4.4	Berufliche Bildung	
4.5	Beschäftigung und ihre Zukunft	
5.	SONSTIGE EUROPÄISCHE DIMENSIONEN	34
5.1	Armut und soziale Ausgrenzung	
5.2	Nationale oder europäische Identität	
5.3	Ansichten zum Europäischen Gerichtshof	



Die Europäische Union
ist eine gutgeölte Maschine,
der es an Charisma fehlt,
um in der Öffentlichkeit Begeisterung zu wecken

Vaclav Havel,
1994 vor dem
Europäischen Parlament

EDITORIAL:

ZWANZIG JAHRE EUROBAROMETER

Mit der Herausgabe des ("Standard") EUROBAROMETER ("Vollständiger Bericht") Nr. 40 feiern wir das 20-jährige Bestehen regelmäßiger Meinungsumfragen durch die Europäische Kommission. Im Frühjahr 1974 nämlich starteten unter der Leitung von Jacques-René RABIER¹ die regelmäßige halbjährlichen EUROBAROMETER-Umfragen.

1. Die Europäische Gemeinschaft nach 40 Jahren

Nach der berühmten Erklärung Robert Schumans am 9. Mai 1950 und den darauffolgenden Verhandlungen und Ratifizierungen wurde mit dem Vertrag von Paris (18. April 1951), der am 23. Juli 1952 in Kraft trat, die Europäische Gemeinschaft "der Sechs" gegründet. Seinerzeit handelte es sich dabei "nur" um eine "Europäische Gemeinschaft für Kohle und **Stahl**". Unmittelbar nach diesem bewußt bescheidenen Anfang wurde - wiederum auf Initiative der französischen Regierung - ein weiterer Schritt eingeleitet: dieselben sechs Länder arbeiteten Verträge für eine "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" und eine "Europäische Politische Gemeinschaft" aus. Die Regierungen aller sechs Staaten hatten den Vertrag unterzeichnet, **fünf** Ender hatten ihn bereits ratifiziert, als das französische Parlament ihn - am 24. August 1954 - ablehnte.

Alle, die sich an jene Tage erinnern, oder die heute in den damaligen Zeitungen darüber nachlesen, werden sich ein ironisches Lächeln kaum verkneifen können. Manche nannten es "DIE europäische Krise", als der Vertrag von Maastricht am 2. Juni 1992, weniger als vier Monate nach seiner Unterzeichnung, seine erste Hürde um **23.000** dänische Stimmen verfehlte. Freilich war dies eine Krise. Aber es war keinesfalls die erste, und es wird auch nicht die letzte sein.

¹ Eine kurze berufliche und geistige Biographie über Jacques-René RABIER ist enthalten in: "Preface" und "Bibliography of Jacques-René Rabier", SS. xiv-xvi und 385-387, in Karlheinz Reif und Ronald Inglehart, Hrsg., Eurobarometer: The Dynamics of European Opinion - Essays in Honour of Jacques-René Rabier, Basingstoke u. London: Macmillan, 1991.

² Nachdem die Engländer und Skandinavier auf ihrer Überzeugung beharrt hatten, "volle Souveränität" zu besitzen und aufrechterhalten zu wollen, führte die Gründung des Europarates (Mai 1949) nicht zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Dies war die Hoffnung zahlreiche Teilnehmer des "Kongresses von Den Haag" gewesen, den die Europäische Bewegung im Mai 1948 veranstaltete, obgleich darüber im Abschlusdokument nichts vermerkt wurde.

Der "Vertrag Über die Europäische Union" von Maastricht (7. Februar 1992) brauchte nur zwanzig Monate, bis er die letzte Hürde ("Karlsruhe") nahm und in Kraft treten konnte.

Aber in den vierzig Jahren zwischen dem Start des EGKS und dem Inkrafttreten des "Vertrags über die Europäische Union" ist die Gemeinschaft wesentlich stärker und größer geworden, als die über die Leichtgewichtigkeit des Europarates Enttäuschten je zu träumen gewagt hätten.

2. Die Europäischen Union und ihre Zukunft

Es stimmt: weder die Beitrittsverhandlungen noch ernsthafte Schritte zur Eindämmung der Gewalt im früheren Jugoslawien noch die intensive Diskussion über Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in Europa haben wirkliche Impulse ausgelöst, bevor der Vertrag über die Europäische Union in Kraft getreten war. Das Europäische Währungssystem hatte zwei schwere Schläge hinnehmen müssen. In zahlreichen Ländern wurden Diskussionen über die Zukunft Europas laut. Im Sommer 1991, also Monate vor dem Europäischen Rat in Maastricht, begann der Abwärtstrend in der Zustimmung der Öffentlichkeit zu Europa im EG-Durchschnitt, eine Entwicklung, die - in einigen Mitgliedstaaten - bereits 1987 oder 1988 eingeleitet wurde, als die Rechtsvorschriften zum Europäischen Binnenmarkt konkrete Gestalt annahmen. Dieser Rückgang der öffentlichen Zustimmung zu "Europa" beschleunigte sich nach "Maastricht". Jetzt, unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht, gerät die Entwicklung wieder in Bewegung:

Heute steht das Weißbuch der Kommission in Diskussionen der Regierungsinstitutionen, Interessengruppen, Expertensymposien und den Medien immer mehr im Mittelpunkt. Das Europäische Währungsinstitut in Frankfurt hat seine Arbeit aufgenommen. Und langsam fallen in den Wirtschaftsteilen der Presse mehr optimistische Überschriften auf ...

Heute haben vier beitrittswillige EFTA-Länder ihre Verhandlungen mit Kommission und Rat erfolgreich abgeschlossen. Sobald der Rat Einigkeit über seine eigenen Neuregelungen erzielt hat, wird es die Aufgabe der Parlamente und der Bevölkerung dieser Länder sowie der nationalen Parlamente der Zwölf und des Europäischen Parlaments sein, zu entscheiden, ob diese Länder künftig Mitglieder der Gemeinschaft sein werden ...

Heute sind die Chancen für einen Frieden im früheren Jugoslawien größer als dies monatelang der Fall war ...

Für 1996 wurde eine weitere Regierungskonferenz einberufen, die vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Vertrag von Maastricht, der anstehenden Erweiterung der Gemeinschaft und der

"Europa-Abkommen" mit sechs mittel- und osteuropäischen Ländern³ über institutionelle Reformen entscheiden soll. 'Ab **1996** wird die Frage über den Zeitpunkt des Übergangs der EWU in die Phase der einheitlichen Währung auf der Tagesordnung stehen: **1997?** später? **1999?** noch später?.

Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß jeder größere Schritt nach vom ernsthafte Kontroversen auslösen wird - und daß wiederum jede dieser Kontroversen von einigen als "DIE europäische Krise" hingestellt werden wird. Aber **Vertrauen in die Fähigkeit der Europäischen Union, sich zu erweitern und zu vertiefen, war kaum jemals so gerechtfertigt wie heute.** Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft **1951/52** konnten diejenigen, die nicht mit der Herde mitziehen wollten, nicht verhindern, daß die Herde weitergezogen ist⁴, und genauso wird dies auch in Zukunft sein.

3. **1947-1974-1993: Zwanzig (bzw. siebenundvierzig) Jahre öffentliche Meinung über die Europäische Einigung**

Die erste über den nationalen Rahmen hinausgehende Meinungsumfrage zum Thema Europäische Einigung wurde **im September 1947** durchgeführt; damals ging es um den Gedanken, die "Vereinigten Staaten von Europa" zu bilden. Die französische und niederländische Öffentlichkeit hatte sich seinerzeit mehrheitlich **für** diesen Vorschlag ausgesprochen, während die Norweger und Schwedeneher zögerten. Eine Pilotumfrage in Großbritannien zeigte, daß die meisten Engländer dieser Frage keinerlei Sinn entnehmen und dazu nicht Stellung nehmen konnten ...

Während der Jahre des Aufbaus von **1952** bis **1962** schwankte die (nicht sehr klar umrissene) Zustimmung zur Vereinigung Europas in (West)-Deutschland zwischen **69%** und **82%**. **1962**, als der französische Staatspräsident DE GAULLE den Engländern die Tür vor der Nase zugeschlagen hatte, sprachen sich **77%** der Deutschen für die Einigung aus (Zustimmung in Westdeutschland heute: **74%**). Die entsprechenden Zahlen für Frankreich lauten: **45%** bis **67%** (1952-1957), **1962: 70%** (heute **73%**). In Italien schwankte die Zustimmung in den Jahren **1952-1957** zwischen **55%** und **66%**, **1962: 67%** (heute **84%**). Die Vergleichswerte für Großbritannien: **1952-1957: zwischen 58% und 78%**, **1962**, nach der Botschaft des Generals: **47%** (heute **59%**).

³ Im Mai **1991** hatte der Verfasser vor einer trilateralen Tagung europäischer, amerikanischer und japanischer Meinungsforscher, die von der "European Society for Opinion and Marketing Research" (ESOMAR) in Venedig veranstaltet wurde, die Ansicht vertreten, daß "die Europäische Gemeinschaft in zwölf Jahren zwölf weitere Mitgliedstaaten aufgenommen haben wird, und in **24** Jahren **24** zusätzliche Länder zu den heutigen zwölf". Viele Zuhörer hatten darauf seinerzeit sehr skeptisch reagiert.

Und doch umfaßte der Europäische Wirtschaftsraum weniger als zwei Jahre später bereits 17 Mitgliedstaaten; weitere **6** mittel- und osteuropäische Länder sind über "Europa-Abkommen" mit der Gemeinschaft verbunden; diese Abkommen sind darauf ausgerichtet, eine eventuell geplante Mitgliedschaft der betreffenden Länder in der Union vorzubereiten. Drei weitere europäische Länder haben Beitrittsgesuche gestellt, die noch in der Schwebe sind.

⁴ In diesem Zusammenhang erforderte die Entscheidung der französischen Nationalversammlung vom **24. August 1954** den größten denkbaren Umweg: die Erweiterung der Westeuropäischen Union und der alleinige Beitritt Westdeutschlands zur NATO im Jahre **1955**. Anfang **1994** zählt die französische Regierung zu den aktivsten Befürwortern einer entschlosseneren Position der NATO in Bosnien ...

⁵ Vgl. Jacques-René RABIER, "*L'opinion publique et l'integration de l'Europe dans les années '50*", S. **561-584** in Enrico SERRA, Hrsg., *The Relaunching of Europe and the Treaty of Rome*, Brüssel: Bruylant/Milano: Giuffrè/Paris: L.G.D.J./Baden Baden: Nomos, **1989**.

1970 legten Leon N. LINDBERG und Stuart A. SCHEINGOLD einen theoretischen Rahmen für die Auslegung der Ergebnisse der Meinungsforschung über die europäische Einigung und die Europäische Gemeinschaft vor⁶. In den sechs Mitgliedstaaten erklärten deutliche Mehrheiten (mit weiter steigender Tendenz) ihre Zustimmung zur Europäischen Gemeinschaft (oder dem "Gemeinsamen Markt"), während sich eine nur unbedeutende öffentliche Diskussion entspann und/oder wenig offene Ablehnung deutlich wurde, nachdem DE GAULLE den Engländern **1962** die Tür vor der Nase zugeworfen hatte und den Regierungen der anderen **fünf** Mitgliedstaaten - durch ein Jahr "Politik des leeren Stuhls" - **1965/66** den "Luxemburger Kompromiß" aufgezwungen hatte.

LINDBERG und SCHEINGOLD charakterisierten die Zustimmung der Öffentlichkeit zu "Europa" als "**freizügigen Konsens**": die Zustimmung war weit verbreitet, aber deswegen keineswegs unbedingt tief verwurzelt. Die Europäische Einigung wurde den Eliten überlassen. Vor dem Hintergrund des Friedens, des Schutzes vor dem Lininistisch-Stalinistischen Bolschewismus und des Wirtschaftswachstums nahmen die meisten Europäer gegenüber der Europäischen Einigung eine Haltung wohlwollenden Desinteresses ein.

Dies änderte sich mit dem Beitritt Dänemarks, Irlands und des Vereinigten Königreichs. **1972** wurden Referenden in Dänemark und Irland, **1975** im VK abgehalten. Doch schon kurze Zeit später gesellten sich die Iren mit ihrer Zustimmung zur Gemeinschaft zu den "alten sechs". Die Briten nahmen sich mehr Zeit, doch auch hier machte sich Zustimmung breit - langsam aber sicher, wie es dortzulande Tradition ist. Lediglich bei den Dänen hielt die Skepsis nicht nur länger an, sondern war auch offensichtlich tiefer verwurzelt.

Insgesamt war der von LINDBERG und SCHEINGOLD beschriebene "freizügige Konsens" zutreffend: sobald (oder solange) der Europäischen Einigung kein relevanter politischer Akteur und/oder keine bedeutende gesellschaftliche Kraft entgegenstand, war die Mehrheit der Öffentlichkeit dafür, aber im Grunde nicht wirklich interessiert. Die erste Ölpreisexplosion **1973** hat nicht gerade dazu geführt, daß sich die Eliten auf größere pro-europäische Abenteuer einließen. Die Entscheidungen des "Gipfels" vom Dezember **1974**, Direktwahlen zum Europäischen Parlament abzuhalten und regelmäßige Tagungen der Staats- (Frankreich) und Regierungschefs (alle übrigen Mitgliedstaaten) abzuhalten, hat die politisch interessierten Kreise vorübergehend in Aufregung versetzt und sich damit auch in den Ergebnissen der Meinungsumfragen niedergeschlagen. Aber die Spielregeln haben sich dadurch nicht geändert.

Die zweite Ölpreisexplosion hat das Klima der öffentlichen Meinung zu "Europa" merklich beeinflusst: die durchschnittliche Zustimmung ging überall in der EG zurück und die Stimmung der Öffentlichkeit wurde mehr und mehr von einer **Art** "Euro-Skepsis" geprägt. Im März/April **1981** hatte die öffentliche Zustimmung zur Europäischen Gemeinschaft ihren absoluten Tiefpunkt erreicht. Sobald - nicht zuletzt durch die politischen Siege der Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher - die westeuropäischen Regierungen einschließlich der sozialistischen Regierung in Frankreich ihre allegemeinen politischen

⁶Vgl. dazu: Europe's Would-Be Policy. Patterns of Change in the European Community, Engelwood Cliffs: Prentice Hall, 1970

⁷ Dies zeigte sich beispielsweise in dem Gesamtklima in Frankreich, als 1972 unter Staatspräsident POMPIDOU ein Referendum darüber stattfand, ob die vier neuen Kandidaten für eine EG-Mitgliedschaft (Dänemark, Irland, Norwegen und das VK) den Franzosen willkommen waren: die Mehrheit war sicher, aber die Beteiligung ausgesprochen schwach ...

Orientierungen ab 1983/84 an die neue Situation angepaßt hatten⁸, begann ein allgemeiner wirtschaftlicher Aufschwung, und mit der Wirtschaft erholte sich auch die Zustimmung zur Europäischen Einigung. Der Boden für weiterreichende Initiativen war bereitet: das 1979 eingeführte Europäische Währungssystem funktionierte zufriedenstellend, auf die "SPINELLI-Initiative" des direkt gewählten Europa-Parlements folgte vonseiten Lord COCKFIELD/der Kommission das Weißbuch über die Vollendung des Binnenmarktes, das 1985 von einer Regierungskonferenz in die Einheitliche Europäische Akte umgewandelt wurde, die 1987 in Kraft trat. Die öffentliche Meinung zu Europa und zur Gemeinschaft nahm wieder gute Gestalt an. Insgesamt wurde die Höchstwerte der 70-er Jahre noch übertroffen, ganz besonders nach dem Beitritt Spaniens und Portugals.

Doch nur wenige erinnerten sich daran, daß LINDBERG und SCHEINGOLD bereits 1970 gewisse Vorbehalte geäußert hatten: praktische Schritte in Richtung auf mehr europäische Einigung durch die Eliten und der "freizügige Konsens" der Öffentlichkeit wurden als gefährdet bezeichnet, sobald ...

"... der Versuch, sich mehr Profil zu geben, eher zu einem Playback-Auftritt zu werden droht (...). Wenn der erwartete Nutzen der Einigung bedroht wäre, (...) würden die den Prozeß aktiv unterstützenden Eliten und die breite Öffentlichkeit mobilisiert und eine aktivere Rolle üben. (...) Sollte die Gemeinschaft ihr Betätigungsfeld oder ihre institutionellen Möglichkeiten spürbar ausweiten, (...) müßte man damit rechnen, daß sich der Grad der Zustimmung oder deren Verhältnis zu dem politischen Einigungsprozeß merklich verändert (SS. 274 ff, bes. S. 277)

Am 2. Juni 1992 hatten 23.000 Dänen zu viel beim ersten Referendum über "Maastricht" mit "NEJ" geantwortet und damit dafür gesorgt, daß "Europa" ein paar Wochen und Monate lang so ernst genommen wurde, wie dies schon seit Jahren angebracht gewesen wäre. Am 3. Juni 1993 riefen die politischen Kreise mehrerer EG-Mitgliedstaaten "DIE europäische Krise" aus.

EUROBAROMETER-Leser hingegen wußten es besser. Im Gemeinschaftsdurchschnitt hatte der Rückgang in der Zustimmung der Öffentlichkeit bereits vor dem Europäischen Rat von Maastricht begonnen, nämlich im Sommer **1991**: das (über Fernsehen frei ins Haus gelieferte) Spektakel am Golf war vorbei; aus Osteuropa kamen schlechte Nachrichten und die Rezession wurde langsam überall wirklich spürbar. Und das "magische Datum" der Verwirklichung eines echten "europäischen" gemeinsamen ("Binnen")-Marktes rückte bedenklich nahe ...

Doch EUROBAROMETER-Leser wußten seinerzeit bereits seit Jahren, daß in mehreren großen Mitgliedstaaten schon viel früher ein Rückgang in der öffentlichen Zustimmung zur Gemeinschaft eingesetzt hatte, so beispielsweise **1988/89** in Italien, **1986/87** in Frankreich. "Noch eine große Portion Europa dazu" - als solches war der "Vertrag Über die Europäische Union" dargestellt und empfunden worden - sowie der dänische Weckruf, dies alles wirkte sich lediglich verfielfachend

⁸ z.B. hatten sie die Öffentlichkeit dazu gebracht, höhere Arbeitslosenquoten zu akzeptieren, ohne daß ihr eigener Verbleib an der Regierung ernsthaft gefährdet wurde.

und beschleunigend auf einen Effekt aus, der bereits durch die Einheitliche Europäische Akte ausgelöst worden war: deutlich "mehr Europa" als je zuvor. Die spürbare "Ausweitung ihres Betätigungsfeldes und der institutionellen Möglichkeiten", von der LINDBERG und SCHEINGOLD bereits prophezeit hatten, daß diese mehr als einfach einen "freizügigen Konsens" erfordern würden, nämlich "eine merkliche Änderung des politischen Prozesses ... vielleicht Demokratie .."⁹

4. Die öffentliche Meinung in der Zukunft

Die Chancen für eine einfache Rückkehr zum "freizügigen Konsens" der Vergangenheit sind gering. In EUROBAROMETER 37 und 38 wurde es deutlich: diejenigen, die dem Binnenmarkt mit Befürchtungen (anstatt mit Hoffnung) entgegensehen, nennen dafür in den südlichen Mitgliedstaaten in erster Linie wirtschaftliche Gründe, in den zentral gelegenen Ländern nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Gründe und nur in den nördlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Zwölf rein politische Gründe. Und im EUROBAROMETER Nr. 39 wurde aufgezeigt: diejenigen, die dem Europäischen Binnenmarkt mit Befürchtungen (anstatt mit Hoffnung) entgegensehen, verfügen über unterdurchschnittliche Kenntnisse und Informationen über die Europäische Gemeinschaft. Sie differenzieren kaum zwischen "Binnenmarkt", "Vertrag von Maastricht" oder "Europäischer Gemeinschaft". Es handelt sich dabei also um allgemeine, nicht näher bestimmbare Befürchtungen vor "noch mehr Europa". Diese Befürchtungen sind wiederum ein guter Nährboden für die Sprache derjenigen politischen Eliten, die gegen Europa (oder gegen mehr Europa) eingestellt sind. Diese von Befürchtungen heimgesuchte Gruppe ist genau das Wählerpotential der "anti-europäischen" politischen Führung. **Es gibt offenbar nicht viele Alternativen zu einem aktiven, demokratischen Konsens über die Zukunft der Europäischen Einigung und der Europäischen Union - außer einer bewußt akzeptierten Krise ihrer fundamentalen allgemeinen Legitimität.**¹⁰

⁹ Zwei weitere gutinformierte Beobachter des Vereinigten Europa, Joseph KEOHANE und Stanley HOFFMANN hatten ihrerseits vor "internen Rückschlägen" oder "Revoluten" gegen die wirtschaftlichen Härten gewarnt, die der Binnenmarkt möglicherweise für bestimmte Branchen, Berufszweige oder Regionen mit sich bringen kann, insbesondere vor dem Hintergrund des "Demokratiedefizits" und des "Paradoxon eines ausgeklügelten Verfahrens internationaler Verhandlungen in Verbindung mit einem beharrlich national ausgerichteten System politischen Lebens und Wahlsystem", in "Conclusion: Community Politics and Institutional Change", in William WALLACE (Hrsg.), **The Dynamics of European Integration**, S. 276-298, London: Pinter, 1990. Vgl. auch Richards SINNOT, **Political Culture, Public Opinion and the Internationalisation of Governance**, Dublin: University College (CEEPa); und Karlheinz REIF, "Wahlen, Wähler und Demokratie in der EG. Die drei Dimensionen des demokratischen Defizits", S. 43-53, in **Aus Politik und Zeitgeschichte**, Nr. B19/1992, oder Karlheinz REIF, "Ein Ende des 'Pennisive Consensus'? Zum Wandel europapolitischer Einstellungen in der öffentlichen Meinung der EG-Mitgliedstaaten: zu-Stimmungstrends in EG-Europa", S. 23-40, in Rudolf HRBEK (Hrsg.), **Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse**, Baden-Baden: Nomos, 1993.

¹⁰ Vgl. Karlheinz REIF, "Das Demokratiedefizit in der EG und die Chancen zu seiner Verringerung", S. 37-62, in **Politische Bildung**, Nr. 3, 1993 (Stuttgart: Klett).

5. Das EUROBAROMETER nach zwanzig Jahren

Die Meinung der Öffentlichkeit zum Gedanken einer Vereinigung Westeuropas wurde schon lange vor der Gründung des "EUROBAROMETER" gemessen¹¹. Doch regelmäßige Meinungsumfragen im Halbjahresrhythmus in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft¹² wurden im Frühjahr 1974 - unter der Bezeichnung EUROBAROMETER - unter der Leitung von Jacques-René RABIER eingeführt.

Fast 13 Jahre lang trug er die Verantwortung für dieses Instrument, das er geschaffen hatte, und das EUROBAROMETER gelangte in dieser Zeit zu beachtlichem Wachstum und Erfolg. Es wurde für die Institutionen der Gemeinschaft - vor allem die Kommission und das Parlament - , aber auch für die in Brüssel ansässige Presse, für Tausende von Interessenten nicht nur in der gesamten Gemeinschaft, sondern aus aller Welt - Lehrkörper und Regierungsbeamte, Forscher und regionale Journalisten, Banker und Gewerkschaftsfunktionäre - zu einem bekannten "Markenzeichen" für angewandte grenzüberschreitende Meinungsforschung ...

Das EUROBAROMETER war Zeuge der Erweiterung von EC9 auf EC10 mit dem Beitritt Griechenlands im Jahre 1981 und von EC10 auf EC12 mit dem Beitritt Portugals und Spaniens im Jahre 1986.

Gleichzeitig machten auch die EUROBAROMETER Umfragen selbst eine Art eigenen Erweiterungsprozeß durch. Ausgehend von einer Studie über "Europäische Männer und Frauen" im Frühjahr 1975 im Auftrag der Generaldirektion Soziale Angelegenheiten der Kommission wurden nach und nach immer mehr "Sonder-Eurobarometer" üblich. Mittlerweile sind es fast 100 an der Zahl - im Durchschnitt etwa 5 pro Jahr ...

Ab der Eurobarometer-Umfrage Nr. 27 übergab Jacques-René RABIER die Leitung an den derzeitigen Herausgeber. Während der ersten Monate gemeinsamer Erfahrungen im zweiten Stock des Berlaymont wurde eine weitere Neuerung in der Aufzeichnung der Meinungstrends der Bürger gegenüber "Europa" im Auftrag der Kommission eingeführt: anlässlich des 30. Jahrestages der Römischen Verträge wurde unter dem vorausschauenden Titel "Europa 2000" die erste Flash-Eurobarometer-Umfrage durchgeführt. Ab der Nr.2 erfolgten die Flash-Eurobarometer-Umfragen zumeist telefonisch. Zur Zeit arbeiten wir am Fragebogen zur "Flash EUROBAROMETER" Nr. 27 ...

Nach verschiedenen Meinungsumfragen für die Kommission in den USA (1973, 1987, 1990) wurde EUROBAROMETER auch in anderen Ländern außerhalb der Gemeinschaft aktiv. Im Januar 1990 wurde im Großraum Moskau eine der ersten telefonischen Meinungsumfragen im Auftrag eines

¹¹ Vgl. Richard L. MERRITT und Donald J. PUCHALA, Hrsg., **Western European Perspectives on International Affairs**, 1968; und LINDBERG/SCHIEINGOLD (1970), op.cit..

¹² Die U.S.I.A. (United States (external) Information Agency) führte ab 1952 in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien Meinungebefragungen zum Thema Europäische Einigung durch; vgl. MERRITT und PUCHALA (1968), op. cit..

westlichen Auftraggebers¹³ durchgeführt, die auch einige Fragen des EUROBAROMETER umfaßte. Im Mai 1990 führten wir eine Meinungsumfrage in der Deutschen Demokratischen Republik durch. (Seit der Vereinigung Deutschlands im Herbst 1990 umfassen die Standard EUROBAROMETER-Umfragen 1000 Interviews in Westdeutschland und weitere 1000 Interviews in Ostdeutschland). Ebenfalls im Herbst 1990 erfolgte die erste Umfrage des "EUROBAROMETER MITTEL- UND OSTEUROPA" (CEE B 1) in den (seinerzeit) drei "Visegrad"-Staaten und Bulgarien. CEE B 2 im Herbst 1991 umfaßte 10 Länder, CEE B 3 ein Jahr später 18 Länder plus Fragen einer Pilotstudie in zwei weiteren Ländern (Kroatien und Serbien). Die Feldumfrage CEE B 4 wurde im November 1993 durchgeführt, durch eine zusätzliche Umfrage nach der Wahl in Rußland vom 12. Dezember 1993 ergänzt und vor kurzem der Presse in Brüssel und gleichzeitig in 16 weiteren Hauptstädten präsentiert. Ferner fanden 1991 EUROBAROMETER-Umfragen in Japan und 1992 in Israel statt¹⁴.

Bislang umfaßt die EUROBAROMETER Datenbank¹⁵ die Daten von rund 782.000 Interviews in den zwölf Mitgliedstaaten und von weiteren rund 65.000 Interviews in **Nicht-EU-Ländern**¹⁶. Bis heute hat EUROBAROMETER im Auftrag der Kommission Umfragen in über 50 Ländern durchgeführt.

6. Eurobarometer in der Zukunft

Als "Maastricht" und die Taktik der Regierungen der Mitgliedstaaten während des Ratifizierungsprozesses die latente Krise in der Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Einigung und zur Europäischen Gemeinschaft (in den Standard-EUROBAROMETER Berichten seit 1988 dokumentiert) zutage brachten, wurde - wie üblich - die Kommission zum Sündenbock abgestemelt.

¹³ Prof. DUCH und Prof. GIBSON, Department of Political Science, University of Houston, Texas

¹⁴ "Autonome (Standard) EUROBAROMETER wurden **1991** in Norwegen und **1992** in Finnland mit Zustimmung (und in enger technischer Zusammenarbeit mit) der Kommission durchgeführt - allerdings ohne jegliche politische oder finanzielle Verantwortung der Kommission.

Für **1994** befinden sich EUROBAROMETER-Umfragen für Süd/Südostasien und Lateinamerika in Vorbereitung.

¹⁵ Vom "Zentrum für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS)" eingerichtet und derzeit beim MZES (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung), Universität Mannheim, untergebracht.

¹⁶ Die Daten aller EUROBAROMETER Umfragen werden - teilweise unter einer Sperre von bis zu zwei Jahren - **Sozialforschungsarchiven** von Universitäten in Europa (derzeit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, ZA, an der Universität zu Köln) und in den USA (derzeit den Archiven des Inter-University Consortium für Political and Social Research, ICPSR, am Institute for Political Studies of the University of Michigan in **Ann** Arbor, Michigan) zugänglich gemacht. Sie stehen allen fachlich Interessierten zu Lehr- oder Forschungszwecken zur Verfügung. So erschienen zahlreiche Bücher und Artikel aus weiterführenden Untersuchungen auf der Grundlage von EUROBAROMETER-Daten.

L'amorce d'un gouvernement européen, wie Kommissionspräsident Delors die Kommission 1988 bezeichnet hatte, **nahm** mehrere Anläufe zur Aufstellung einer Bilanz und zur Überarbeitung ihrer Informations- und Kommunikationsstrategie. Irgendetwas war faul im Staate Europa, und vielleicht am wenigsten noch in Dänemark ...¹⁷

Eines der Ergebnisse dieser Eigenuntersuchung war der Entschluß, die öffentliche Meinung ernsthafter zu berücksichtigen und den Umfang und die Häufigkeit der Meinungsumfragen der Kommission deutlich zu erhöhen. Daher wird EUROBAROMETER ab 1994 sein "Instrumentarium" nochmals erweitern und differenzieren. **Es werden zwei wichtige neue Umfragetypen eingeführt:**

- 1) Der "EB MONATSMONITOR" und
- 2) das "TOP DECISION-MAKER EB".

"Standard EUROBAROMETER", "Flash-EB" (einschließlich besonderer Zielgruppenumfragen) und "EUROBAROMETER MITTEL- UND OSTEUROPA" bleiben weiter bestehen - allerdings in ihrem spezifischen Aufgabenprofil und der Form der Veröffentlichung abgestimmt auf die Einführung der beiden bedeutenden neuen Instrumente¹⁸.

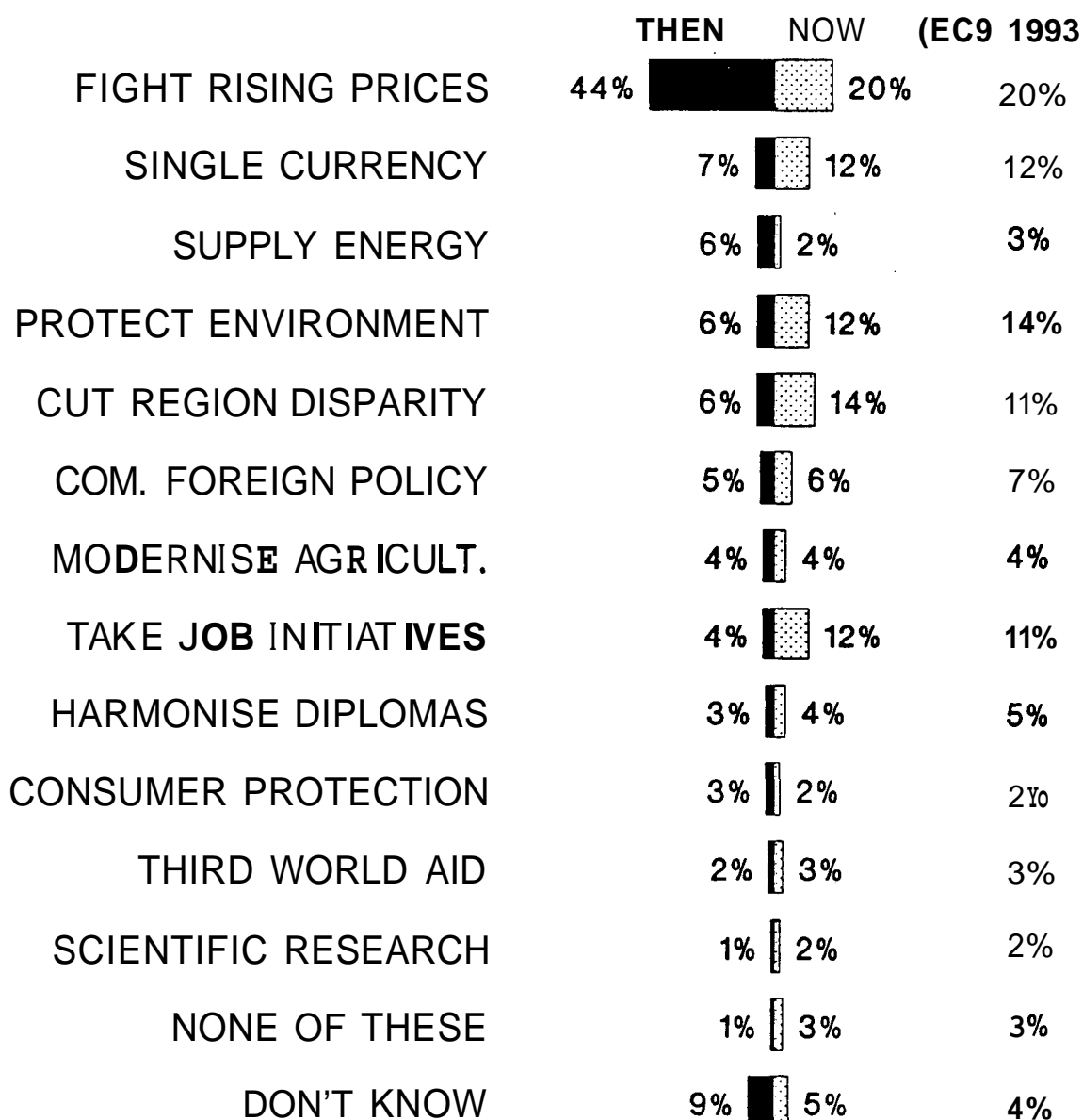
Unabhängig vom Referat "Meinungsumfragen" (EUROBAROMETER) unter der Leitung des derzeitigen Herausgebers und wie vorstehend beschrieben erweitert hat die GD X "Audiovisuelle Medien, Information, Kommunikation, Kultur" der Kommission ein neues Referat "*Suivie de l'opinion publique*" unter der Leitung von Frau Anna MELICH, von 1988 bis 1994 stellvertretende Leiterin des EUROBAROMETER-Referats, eingerichtet". Dieses neue Referat wird eine quantitative Beobachtung der Berichterstattung der Massenmedien über die Europäische Union, ihre Institutionen und ihre Politik vornehmen und die Ergebnisse dieser Beobachtungen sowie die "sozio-politischen Analysen" der Umfragedaten und der Politischen Berichte der Dienststellen der Kommission analysieren. Es wird das für Information und Kommunikation zuständige Mitglied der Kommission mit präzisiertem Material für seinen/ihren Monatsbericht an die Kommission über die "Verfassungslage der öffentlichen Meinung in den Mitgliedstaaten" versorgen.

¹⁷ Vgl. Karlheinz REIF, "The European Union and the Danes", Pilar DEL CASTILLO und Hermann SCHMITT, Direktoren, vorgelegt beim Workshop on **Democratic Representation and the Legitimacy of Government in the EC**, European Consortium for Political Research (ECPR), 22nd annual Joint Sessions of Workshops, Madrid, **17.-22. April 1994**.

¹⁸ Der vorliegende (Standard) EUROBAROMETER Bericht ist der letzte in seiner traditionellen Form. Künftig werden die Standard EUROBAROMETER Berichte im wesentlichen aus Schaubildern und Tabellen bestehen, denen ein Editorial vorausgeht, in dem die wichtigsten Ergebnisse der zentralen Fragen und die Grundentwicklung der Trends hervorgehoben werden. In den Schaubildern und Tabellen werden die Antworten nicht nur nach Mitgliedstaaten aufgeschlüsselt, sondern - häufiger als bisher - nach sozio-demographischen, sozio-politischen, regionalen und kulturellen Gruppen. Die EUROBAROMETER TRENDS werden nach wie vor einmal pro Jahr veröffentlicht.

¹⁹ Als Veröffentlichungen von Anna MELICH siehe z.B. "The nature of regional and national identity in present day Catalonia: Problems of measuring multiple identities", in **European Journal of Political Research**, Bd. **14**, **1986**; *Identité nationale et média contemporains*, Lausanne: Loisirs et Pédagogie, **1990**; oder *Les valeurs des Suisses* (dt.: **Die Werte der Schweizer**), Bern, etc.: Lang, **1991**.

TOP PROBLEM FACING THE EC CITIZENS IN 1974 (EC9) AND 1993 (EC12)



■ EB1 ■ EB40

1. DIE EUROPÄISCHE UNION HEUTE¹

1.1 Haben sich die Prioritäten in den letzten 20 Jahren geändert?

Im Frühjahr 1974 stellte sich bei der allerersten EUROBAROMETER Meinungsumfrage heraus, daß 44% der EG-Bürger der damaligen Neunergemeinschaft einen gemeinsamen Kampf gegen steigende Preise als "das zur Zeit wichtigste Problem" ansahen. Dieser Punkt wurde in allen Mitgliedstaaten am häufigsten genannt, angefangen von 56% der Iren und 55% der Briten bis hin zu 34% der Niederländer und 35% der Italiener (Tab. 1, Abb. 1.1).

Im Frühjahr 1993 steht die Furcht vor Inflation nicht ganz so stark im Vordergrund, doch ist dies nach wie vor das Problem, das die Bürger der neuen Europäischen Union² in erster Linie von der Zwölfergemeinschaft gemeinsam gelöst sehen möchten - heute hält ein Fünftel (20%) der EU-Bürger die steigenden Preise für das wichtigste Problem. Für die EU insgesamt ist dies allerdings weniger als die Hälfte (20%) des ursprünglichen Anteils (44%) von vor zwanzig Jahren.

⊗

1.2 Erwartungen für 1994

EUROBAROMETER fragte die EU-Bürger, ob sie die Lage am Arbeitsmarkt in ihrem jeweiligen Land heute im Vergleich zu vor zwölf Monaten besser, genauso oder schlechter einschätzen. Eine überwältigende Mehrheit von 77% hielt sie für schlechter, während nur 16% die Lage für genauso und gerade 6% für besser hielten (Tab. 9).

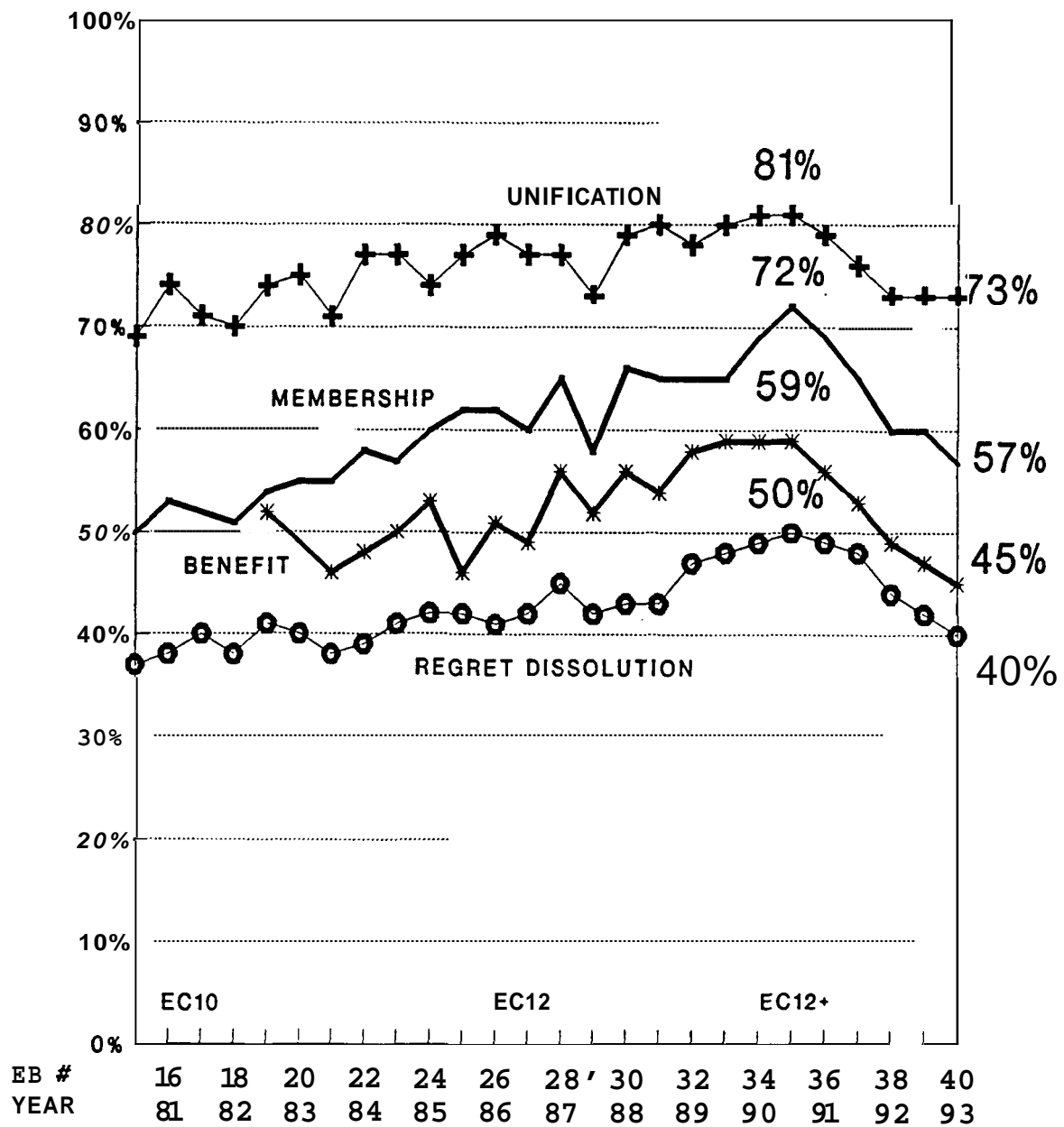
Viele sehen allerdings ihre eigene berufliche Situation nicht so schwarz. Berücksichtigt **man** nur diejenigen EU-Bürger, die aktiv berufstätig oder arbeitslos sind, so erklärt genau die Hälfte (50%), die persönliche berufliche Situation habe sich 1993 nicht geändert. 25% geben **an**, ihre berufliche Situation sei heute schlechter, und 19% sagen, sie sei heute besser. **5% antworten, daß sie im letzten Jahr - oder länger - nicht berufstätig waren** (Tab. 11).

Auf die nächsten zwölf Monate vorausschauend äußern die **auf dem Arbeitsmarkt registrierten Bürger** - entgegen ihren Ansichten über die allgemeine Beschäftigungslage - in der Frage ihrer eigenen beruflichen Aussichten geringfügig mehr Optimismus (27%) als Pessimismus (16%), obgleich auch hier **die Hälfte (50%) nicht mit einer Veränderung rechnet** (Tab. 12).

¹ Außer wenn besonders erwähnt stammen die in diesem Bericht ausgewiesenen Daten aus der Standard EUROBAROMETER Umfrage Nr. 40, die vom 13. Oktober bis 9. November 1993 von INRA (Europe) durchgeführt wurde. Weitere technische Einzelheiten sind den Anhängen zu entnehmen.

² Die Europäische Union (EU) wurde am 1. November 1993 geboren, d.h. genau zum Ende der Umfragephase des Standard EUROBAROMETER Nr. 40. Im Fragebogen wurde daher noch der Ausdruck "Europäische Gemeinschaft (EG)" verwendet. Da wir uns hier in einer Übergangsphase befinden, finden in dem Bericht beide Bezeichnungen Anwendung.

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY — 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7.

1.3 Das demokratische Defizit

Im EUROBAROMETER Bericht Nr. 38 stellten wir fest, daß sich - erstmals seit ab 1976 regelmäßig nach der **Zufriedenheit der Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land** gefragt wurde, mehr Bürger unzufrieden als zufrieden äußerten. Sechs Monate später war die Kluft zwischen den Zufriedenen und den Unzufriedenen noch breiter geworden. Im Vergleich zur letzten Umfrage hat sie sich nunmehr bei noch immer **54%** Unzufriedenen und nur **43%** Zufriedenen stabilisiert (Tab. 13).

Was die Art und Weise betrifft, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert, halten sich Zufriedenheit und Unzufriedenheit die Waage (beide **44%**) (Tab. 14). **Das bedeutet, daß sich weniger Bürger unzufrieden zum Funktionieren der Demokratie in der EU als zum Funktionieren der Demokratie in ihrem eigenen Land äußern.**

⊗ 1.4 Die Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Einigung

Die Zustimmung zur Vereinigung Westeuropas festigt sich weiter auf einem sehr hohen Niveau (**73%**) (Abb. 1.7, a-1, Tab. 15). Ansonsten

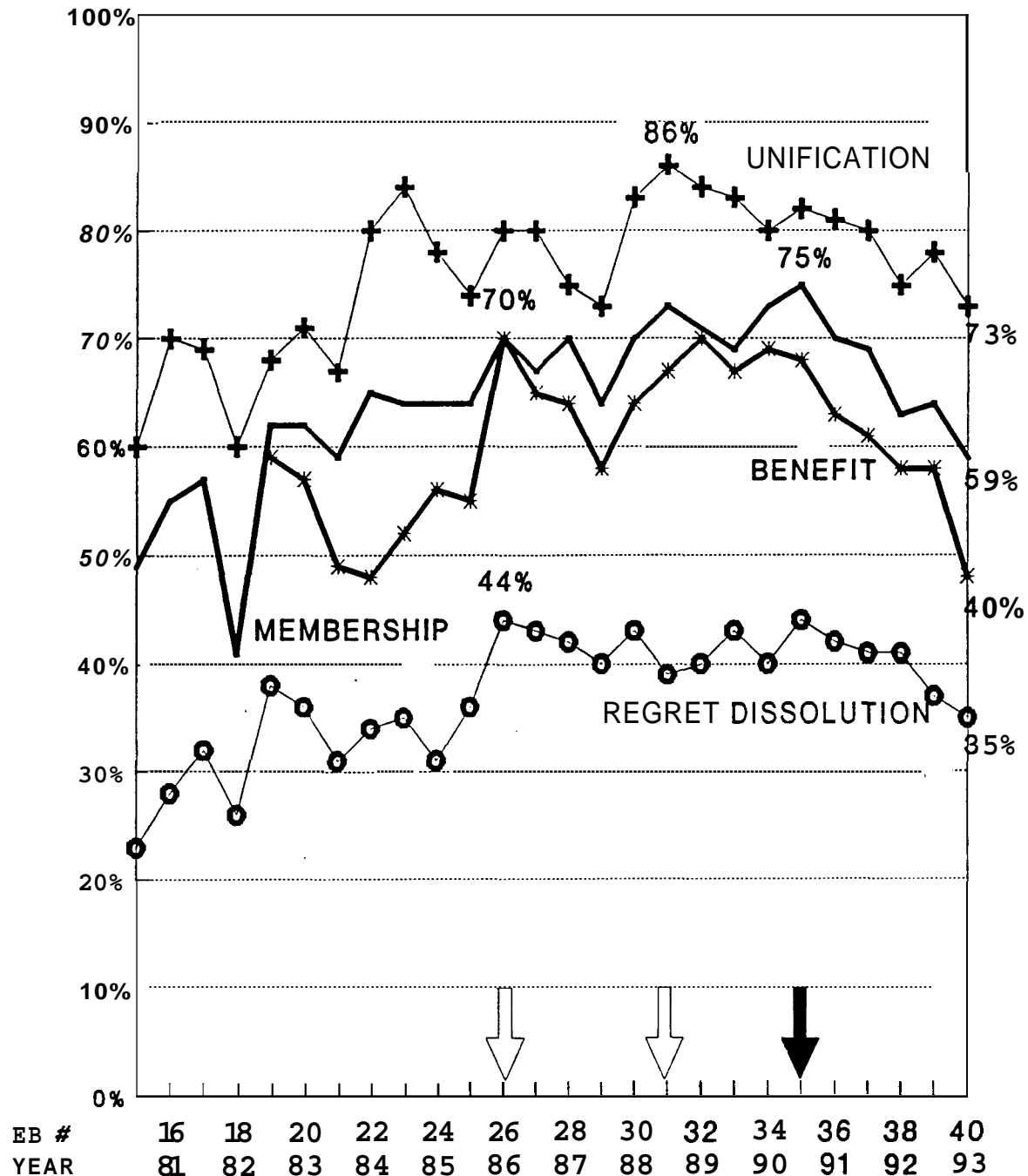
- * halten heute **57%** der Befragten und damit **3** Prozent weniger als vor sechs Monaten die EG-Mitgliedschaft ihres Landes **für** eine gute Sache; **13%** sagen, sie sei eine schlechte Sache und **25%** halten sie **für** "weder gut noch schlecht" (Tab. 16);
- * glauben **45%**, daß ihr **Land** insgesamt gesehen durch die EG-Mitgliedschaft Vorteile hat (minus **2%**); **35%** meinen, dies sei nicht der Fall (Tab. 17);
- * würden **40%** ein Scheitern der EG sehr bedauern (minus **2%**); ebenfalls **40%** wäre es gleichgültig und **11%** wären erleichtert (Tab. 18).

Anhand einer bildlichen Darstellung mit sieben Männchen, die unterschiedlich schnell voranlaufen bzw. still stehen, äußerten sich die Befragten dazu, wie schnell die "Europäische Einigung, die Europäische Gemeinschaft" ihrer Meinung nach gegenwärtig vorankommt und wie sie selbst es sich wünschen würden. Die jüngsten Ergebnisse zeigen, daß zur Zeit ein gewisser Sättigungspunkt erreicht ist: zwar sind die Bürger im Durchschnitt nach wie vor der Ansicht, daß der Einigungsprozeß schneller vorankommen sollte als dies zur Zeit der Fall ist, aber der Abstand zwischen dem empfundenen und dem gewünschten Fortschritt ist gering wie nie zuvor (Abb. 1.10, Tab. 19).

Alles in allem ist ein beträchtlicher Teil der Öffentlichkeit der Meinung, daß die jüngsten Schritte in Richtung auf eine Europäische Einigung (Binnenmarkt, Vertrag über die Union) erst einmal "verdaut" werden müßten, bevor neue große Projekte in Angriff genommen werden.

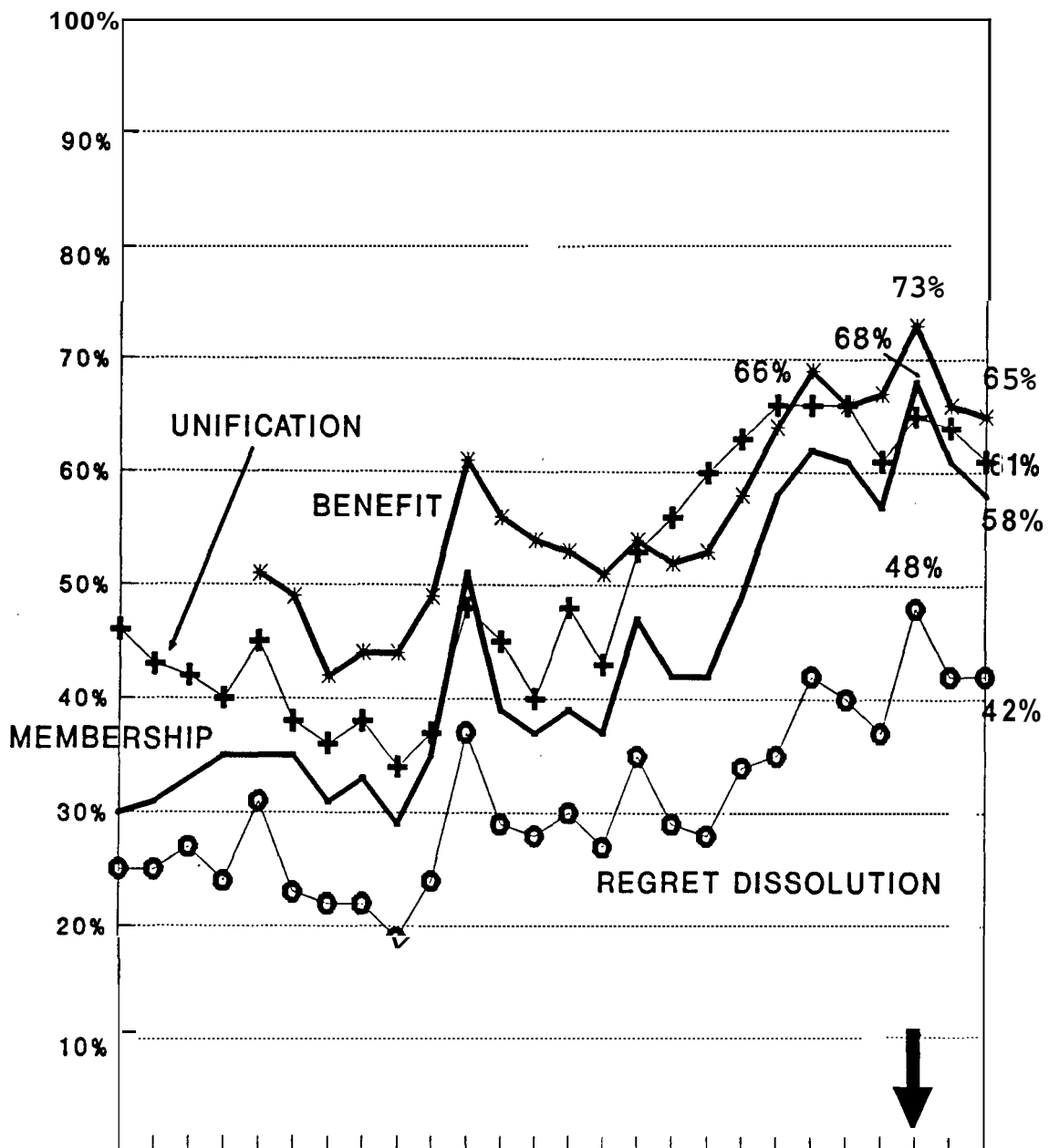
EUROBAROMETER 40

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (B) 1981 - 1993

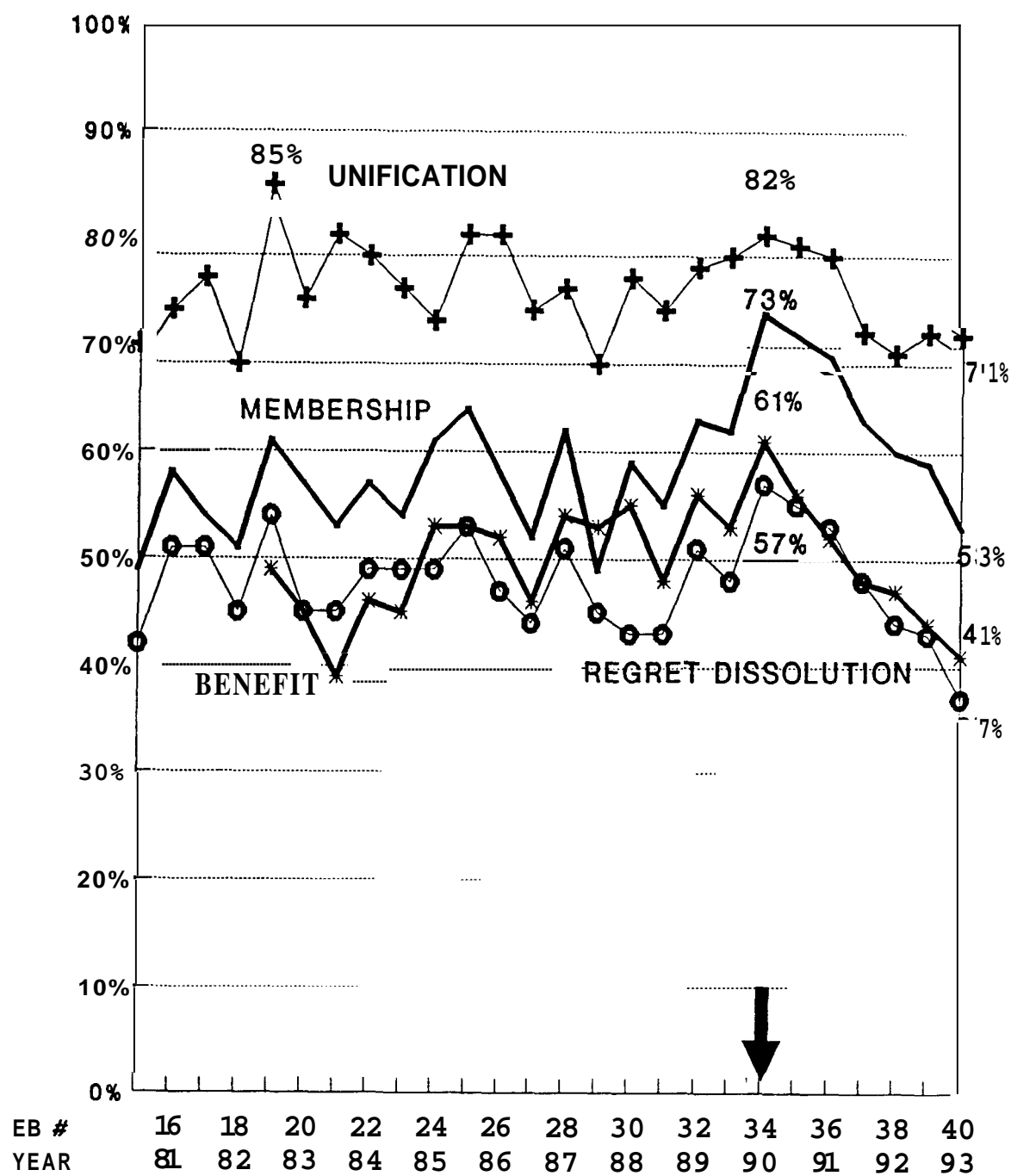


EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7a

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (DK) 1981 - 1993

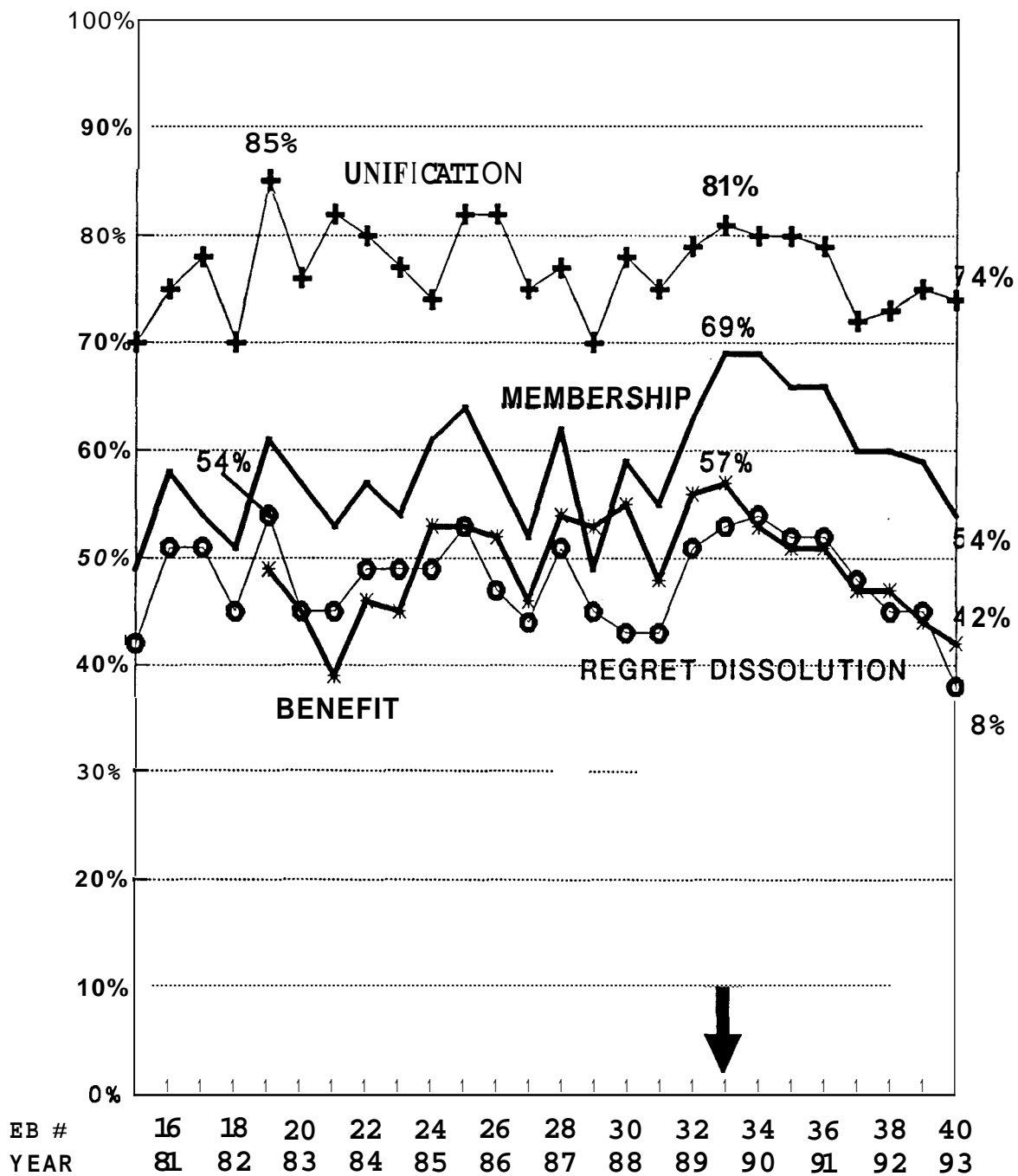


SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (D) 1981 - 1993



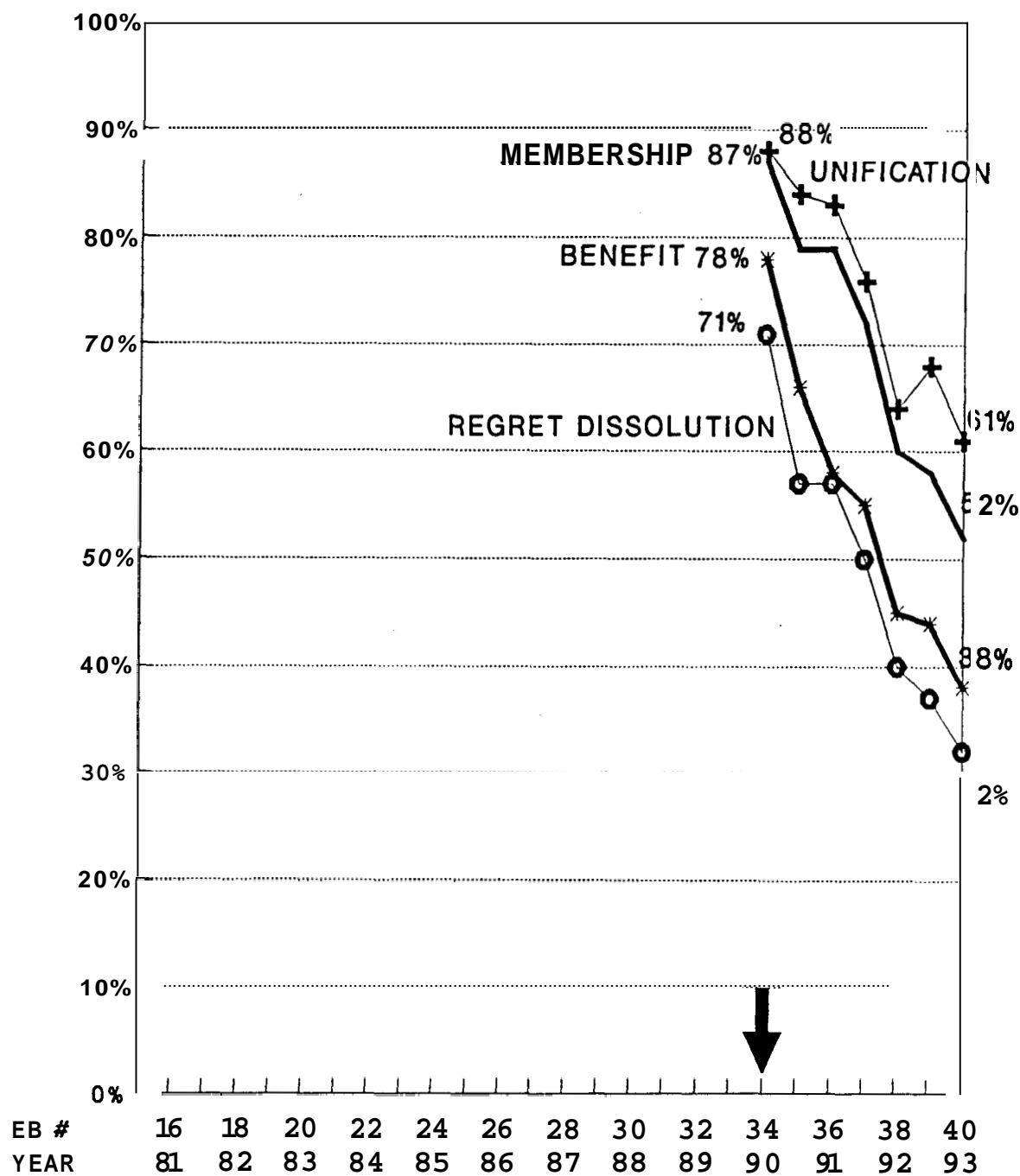
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7c.1

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (D - WEST) 1981 - 1993



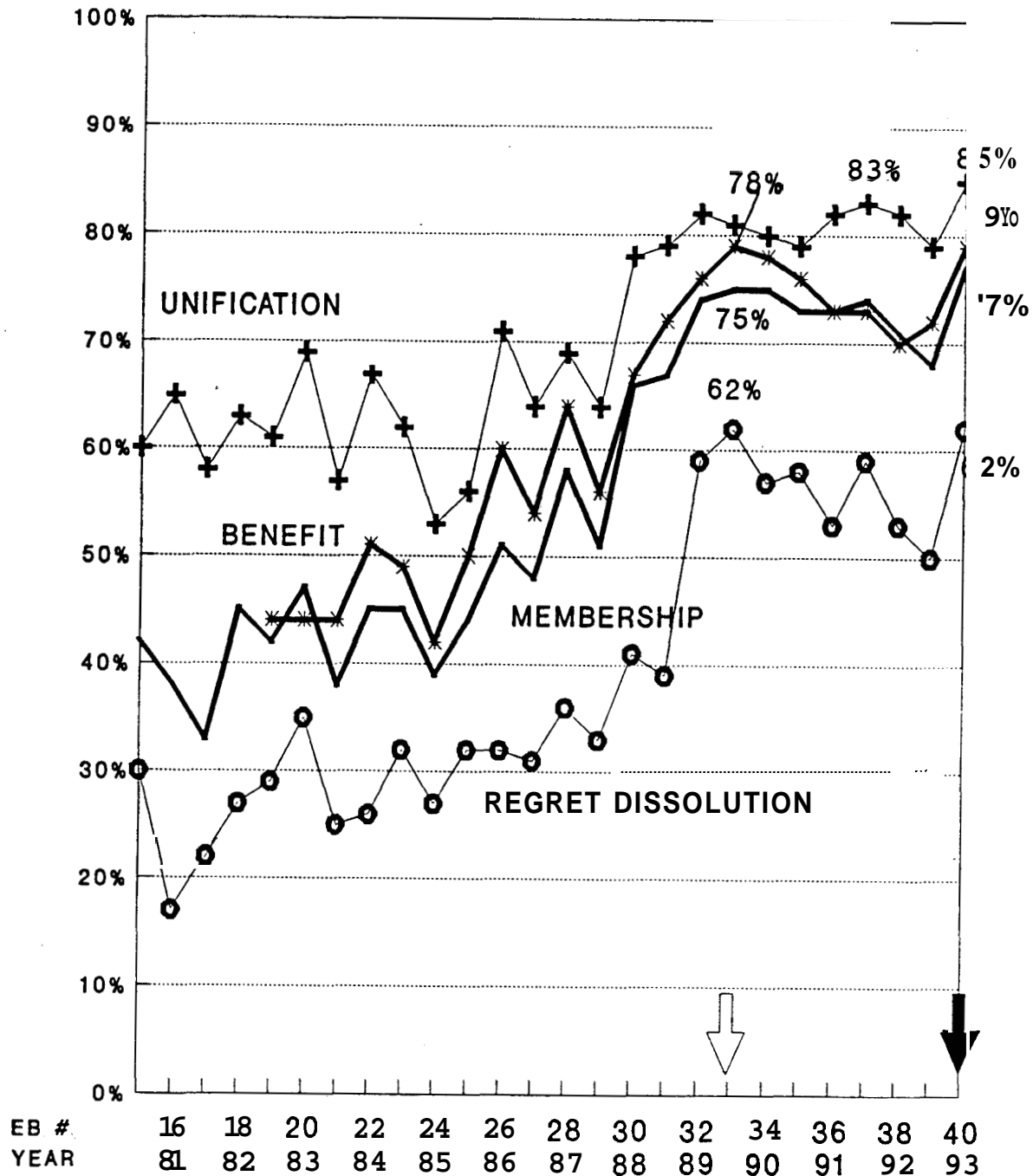
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7c.2

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (D - OST) 1981 - 1993



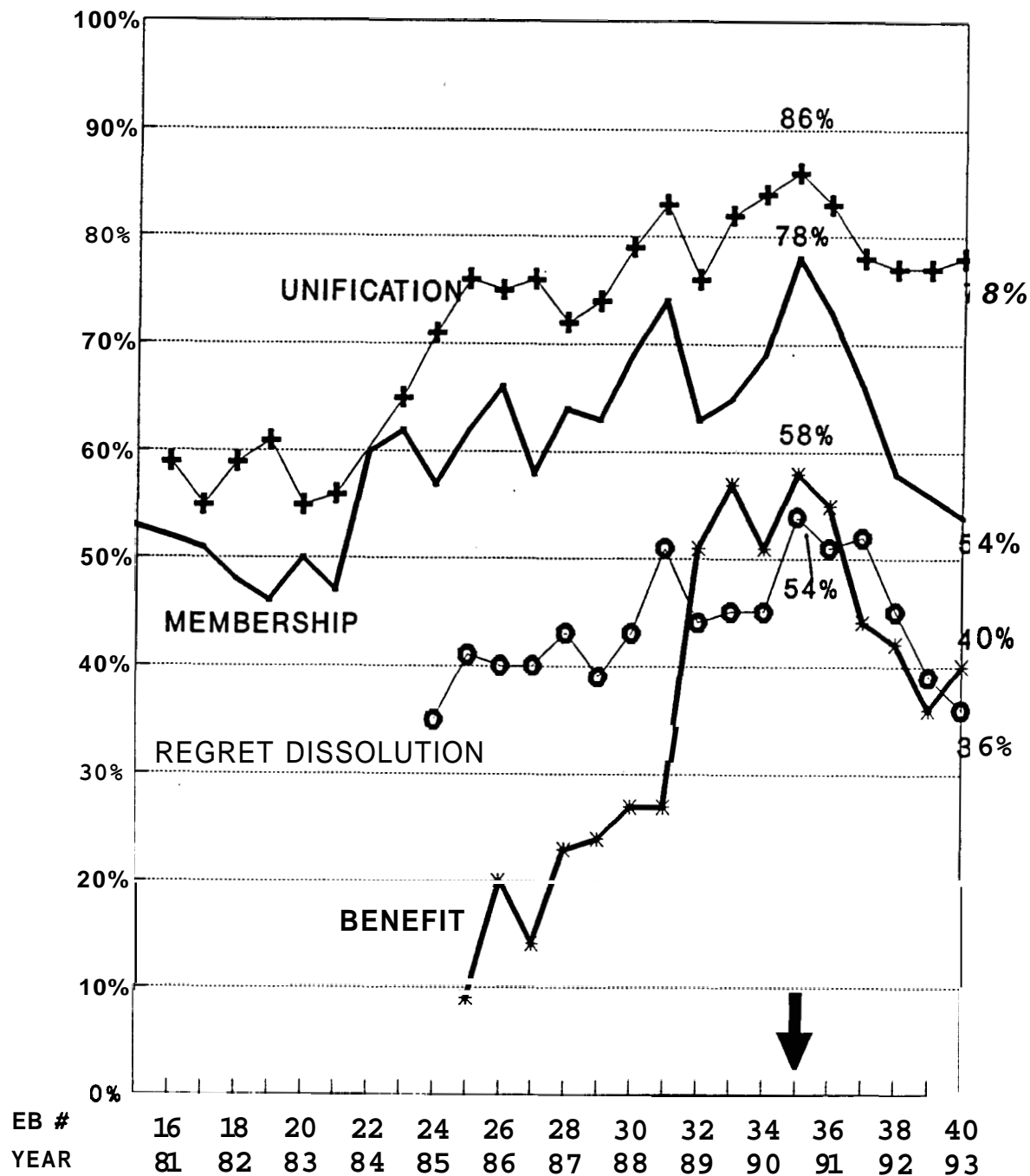
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7c.3

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (GR) 1981 - 1993



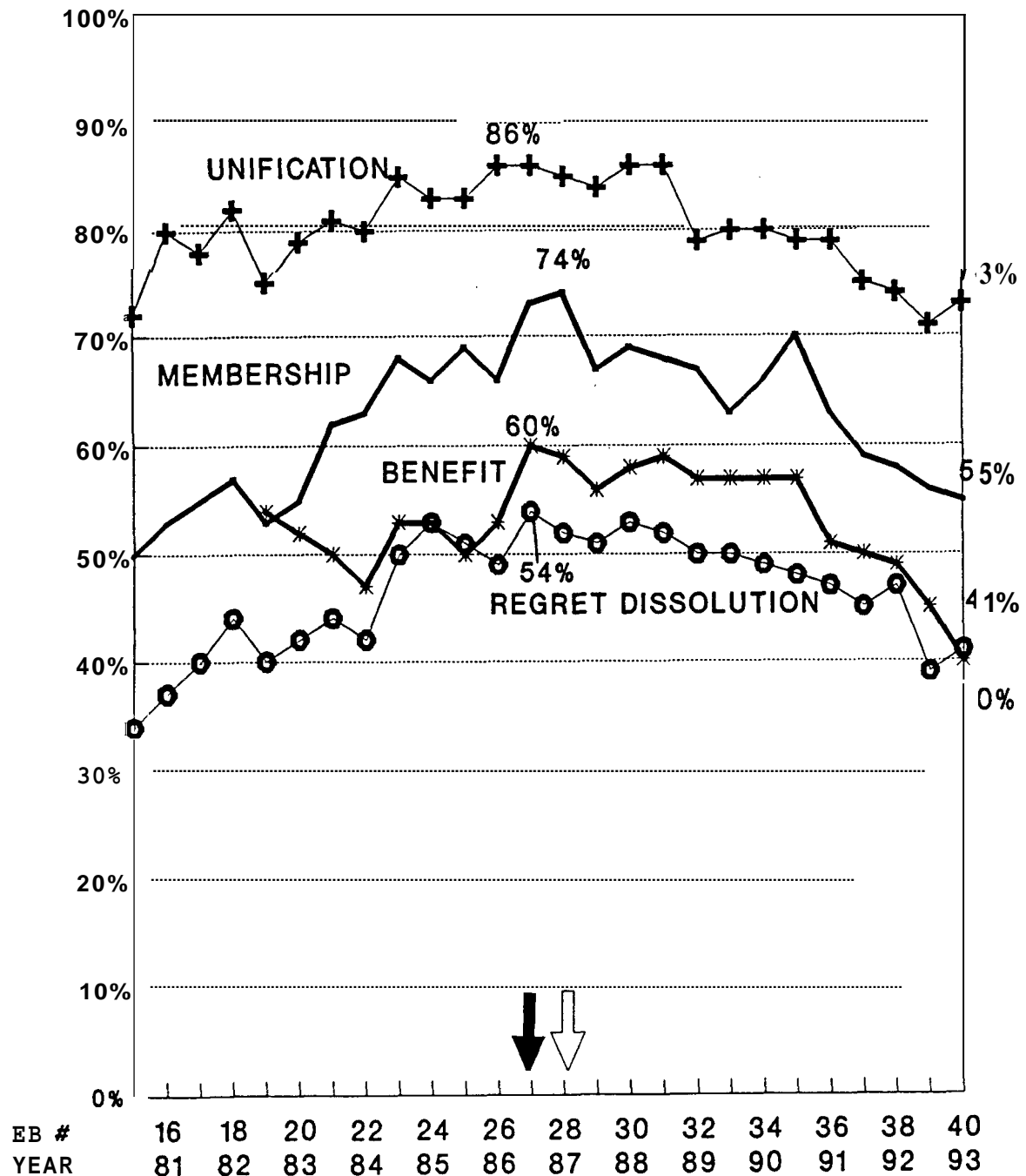
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7d

SUPPORT FOR **EUROPEAN** INTEGRATION AND THE COMMUNITY (E) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7e

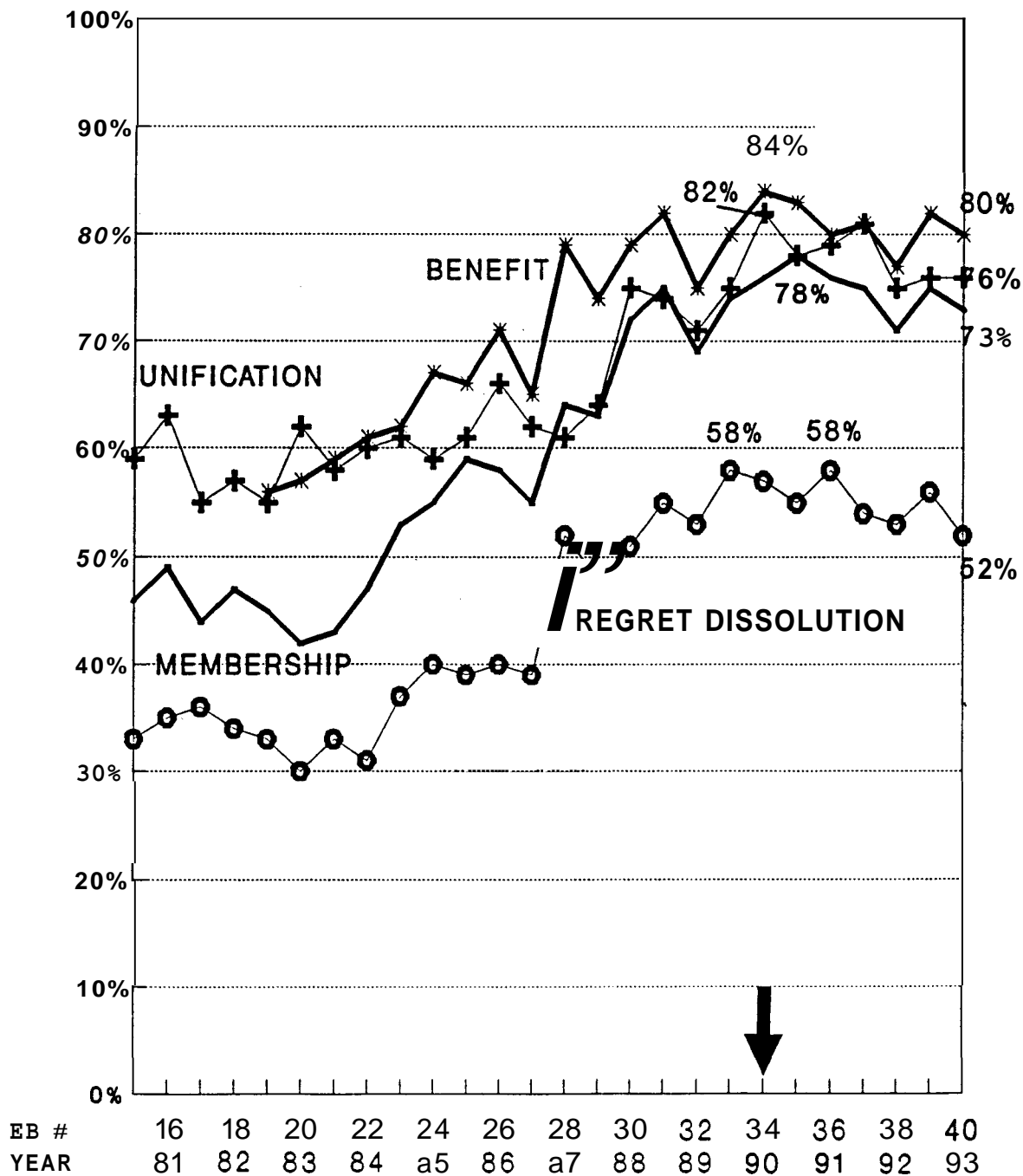
SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (F) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7f

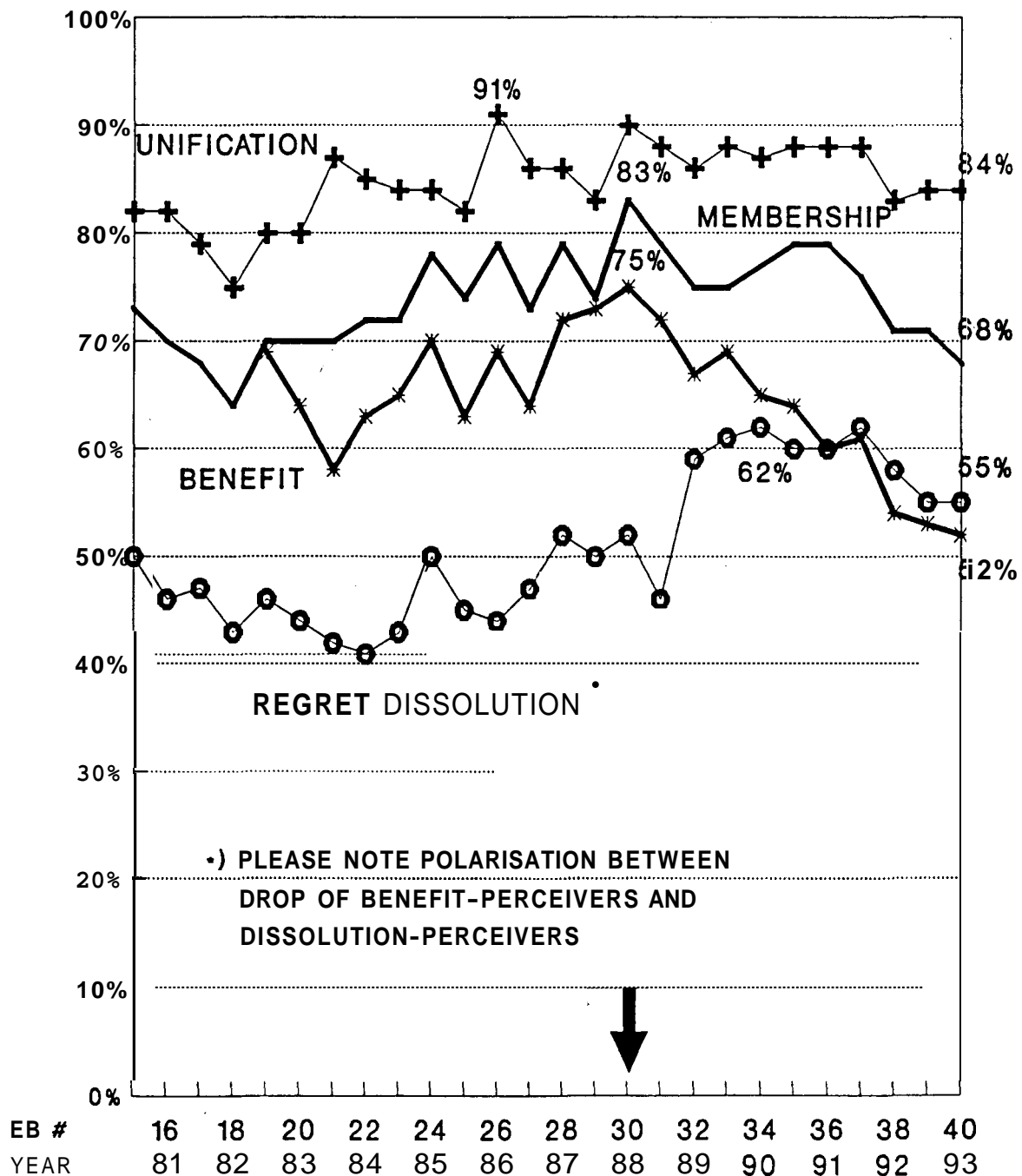
EUROBAROMETER 40

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (IRL) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7g

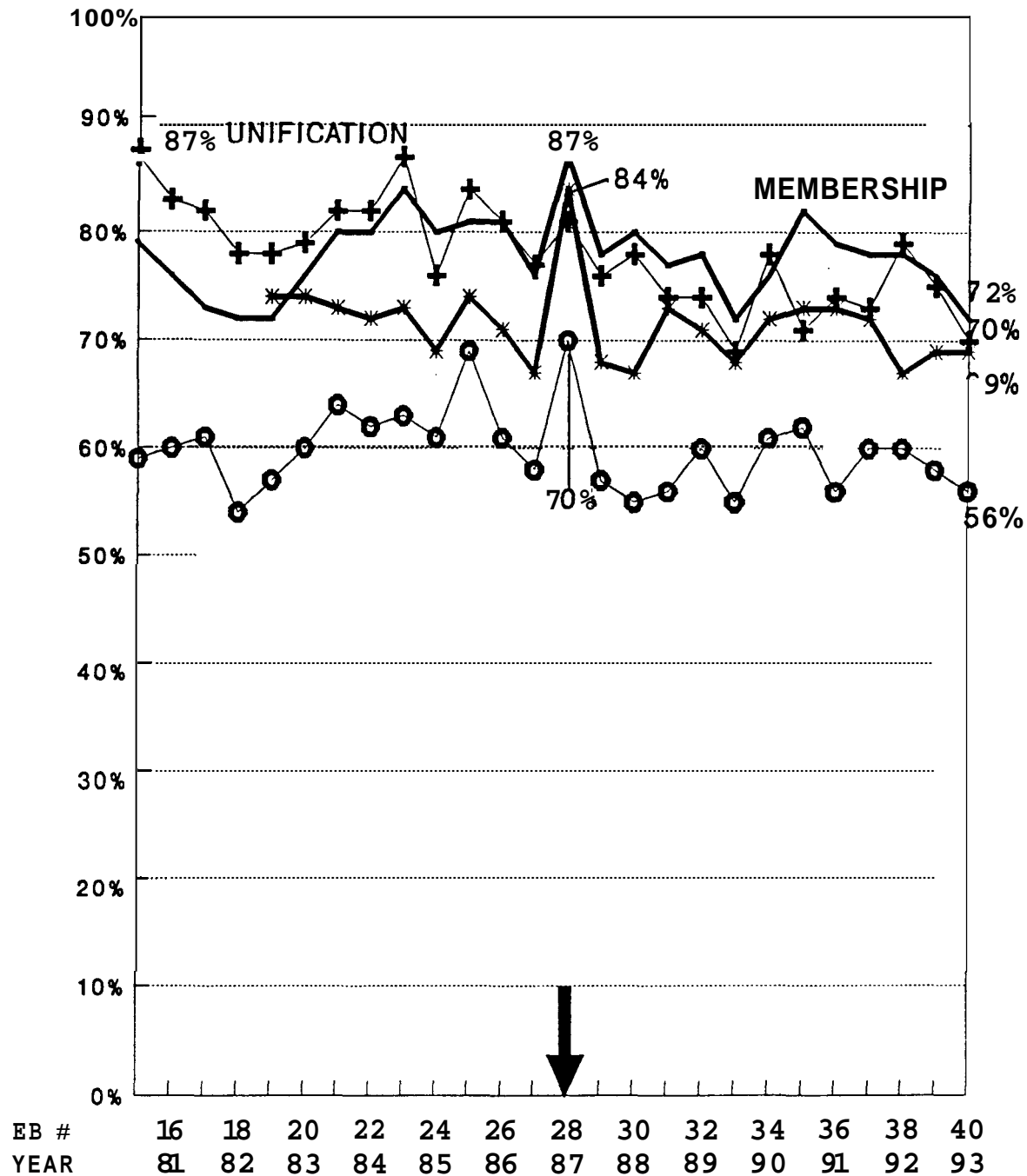
SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (I) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7h

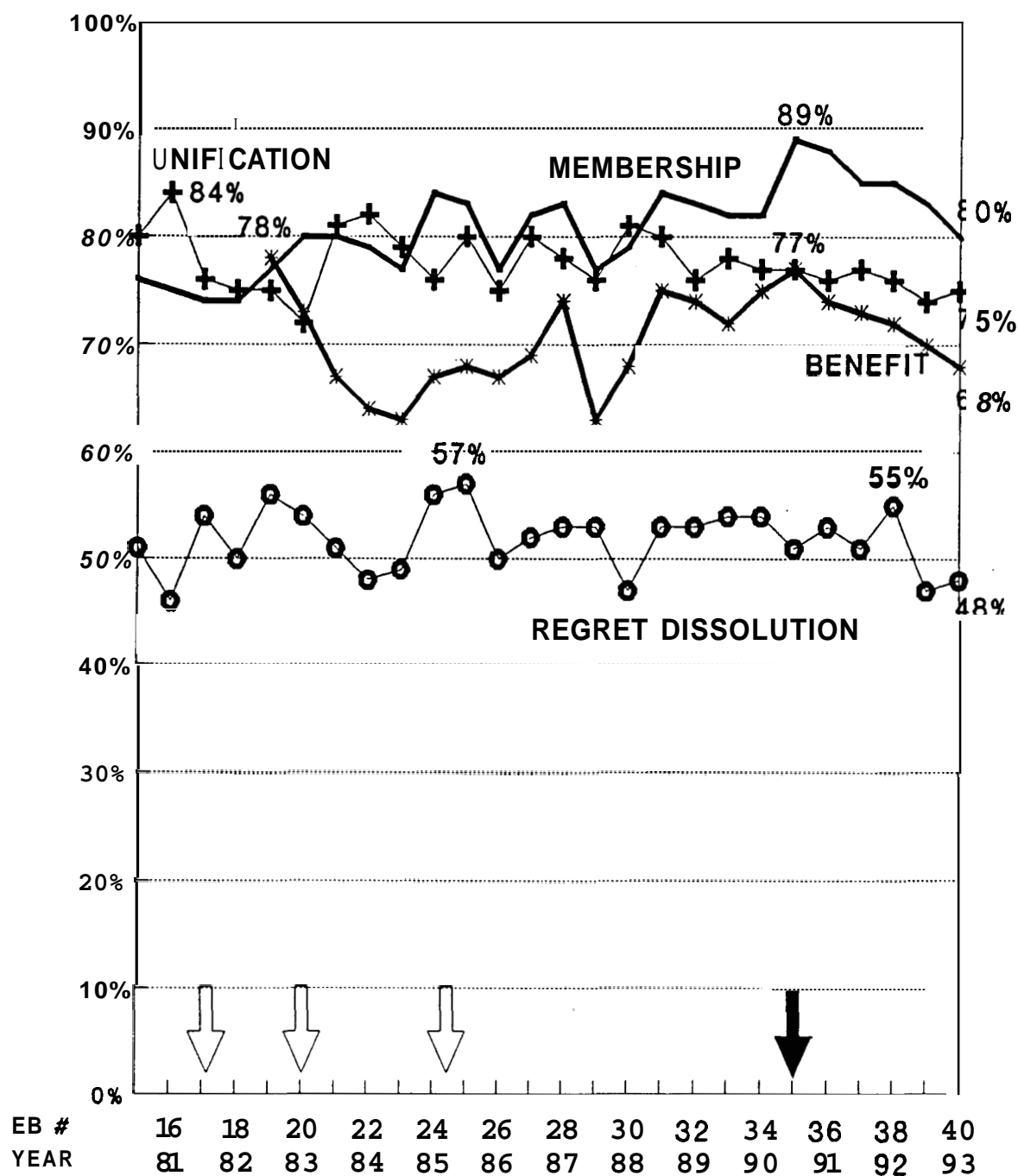
EUROBAROMETER 40

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (L) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7i

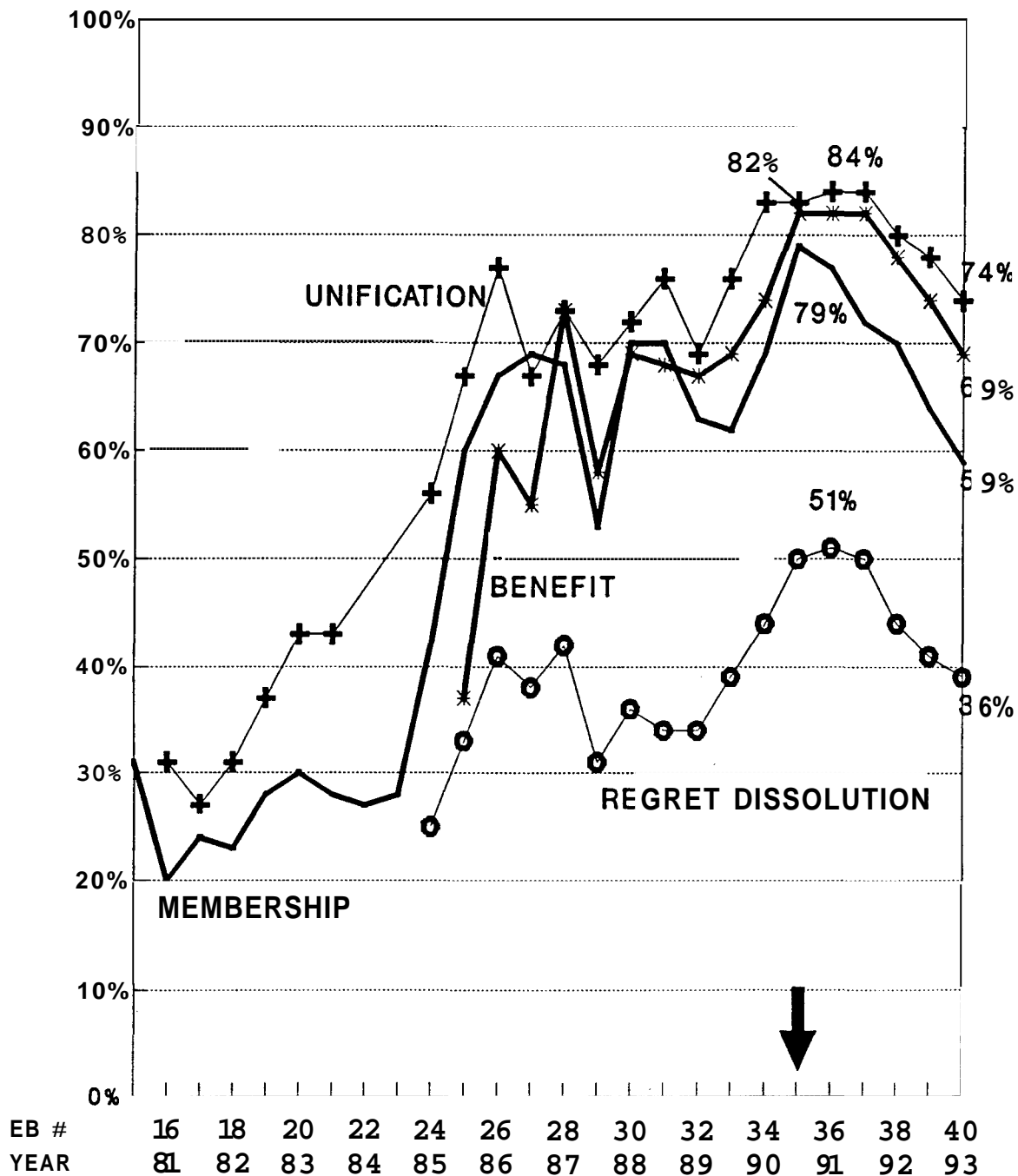
SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (NL) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7j

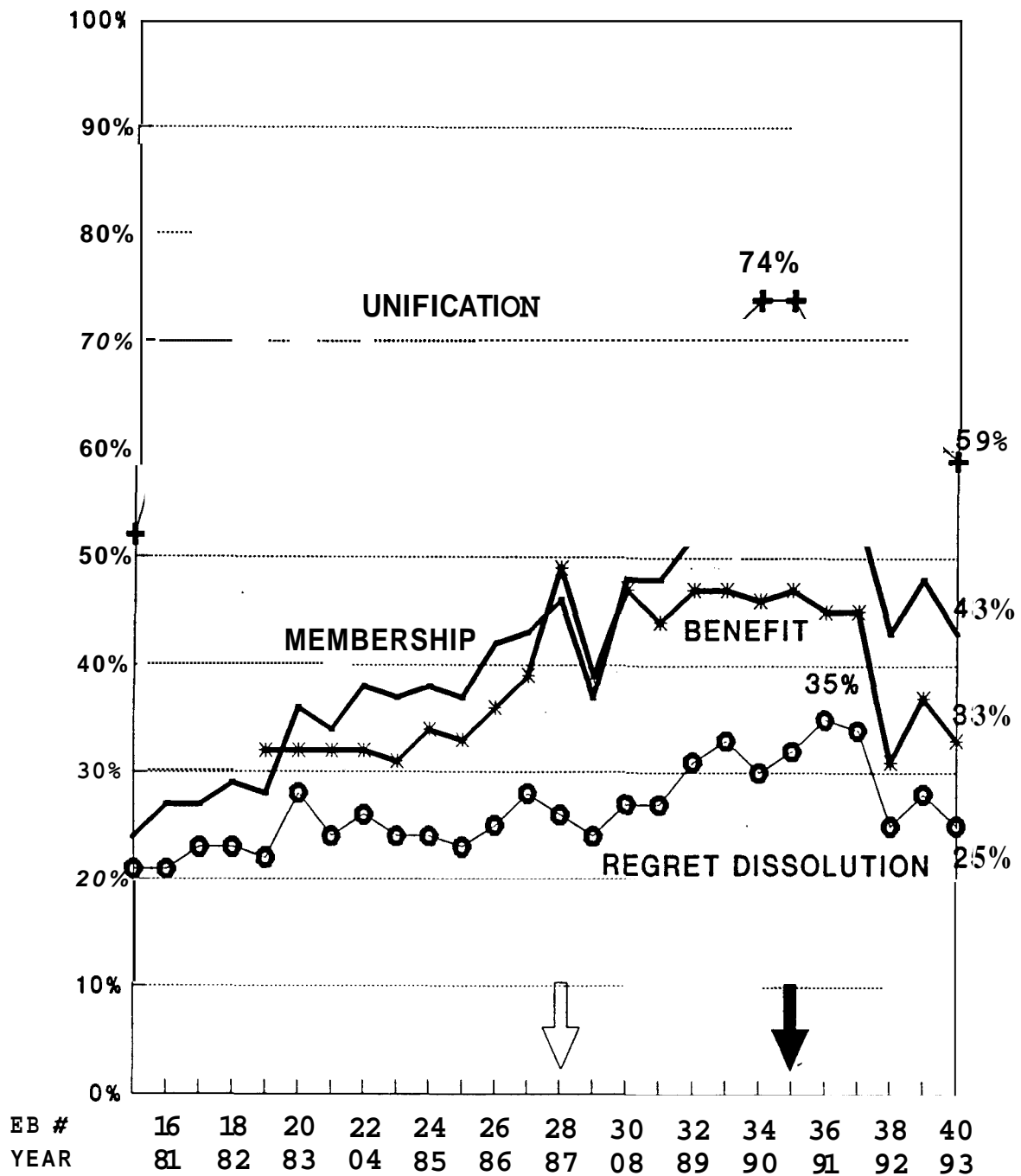
EUROBAROMETER 40

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (P) 1981 - 1993



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.7k

SUPPORT FOR EUROPEAN INTEGRATION AND THE COMMUNITY (UK) 1981 - 1993



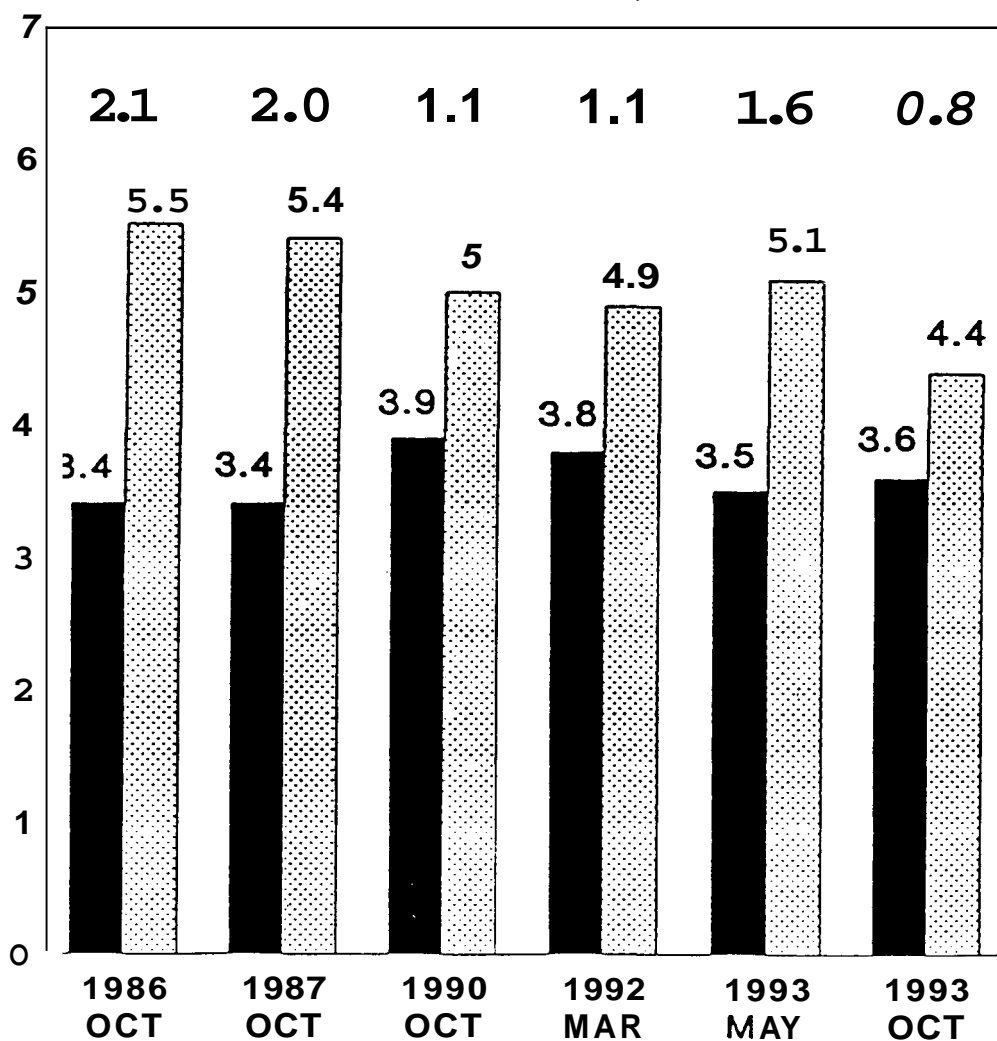
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.71

THE 'EURO - DYNAMOMETER'
(EC12 AVERAGE ON 7-POINT SCALE - TREND)



1 2 3 4 5 6 7

EUROPE'S PROGRESS:
PERCEIVED CURRENT SPEED, DESIRED SPEED



CURRENT



DESIRED

1 • STAND STILL

7 • AS FAST AS POSSIBLE

EUROBAROMETER 40 - FIGURE 1.10.

1.5 Das Image der Kommission

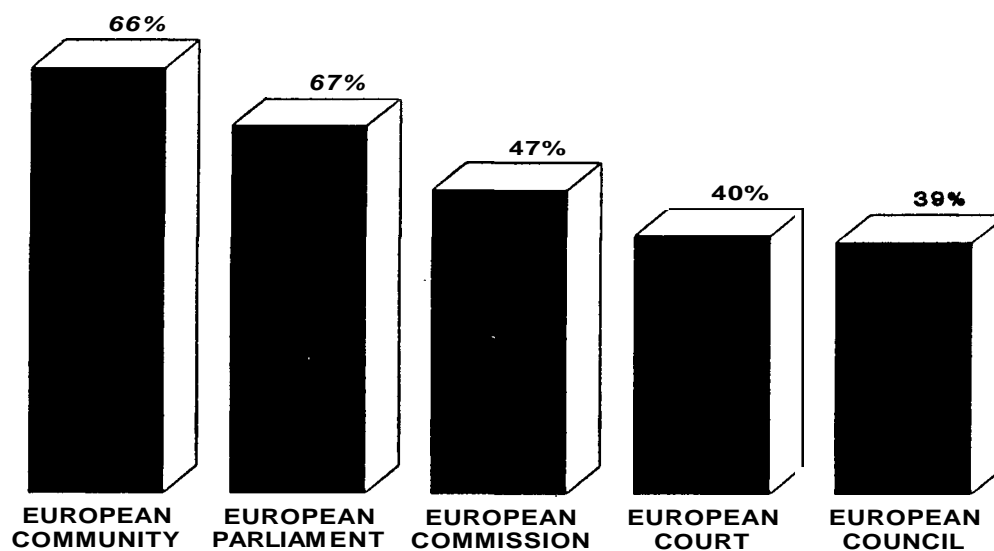
Das über die Medien verbreitete Image der Europäischen Kommission hat sich in den letzten sechs Monaten geringfügig verbessert: von denjenigen, die in letzter Zeit etwas über sie gehört oder gelesen haben, haben gegenüber der letzten Umfrage **+1 %** einen "eher guten Eindruck" und **-3%** einen "eher schlechten Eindruck". Damit haben heute insgesamt **35%** einen eher guten Eindruck, **25%** einen eher schlechten Eindruck, **33%** sagen spontan "weder gut noch schlecht" und **7%** wissen dazu nichts zu sagen (Tab. 21).

1.6 Die belgische Präsidentschaft

Seit Herbst 1986 wird bei der EUROBAROMETER-Umfrage regelmäßig jeweils in dem Land, das die Präsidentschaft im Rat innehat, nach dem Bekanntheitsgrad und dem Image dieser Präsidentschaft gefragt. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Bedeutung, die die Belgier der Präsidentschaft ihres Landes beimessen, nicht sehr hoch (**61%**), hat sich jedoch seit der letzten Präsidentschaft deutlich verbessert (**56%** "sehr wichtig/wichtig"). Gemeinsam mit den Niederländern sind die Belgier am wenigsten verbreitet der Ansicht, daß die Präsidentschaft ihres Landes von großer Bedeutung sei (jeweils **36%** nicht sehr/überhaupt nicht wichtig). Wieder einmal dürften die innenpolitischen Probleme des Landes wie die Unstimmigkeiten über den Sozialpakt der Regierung und die darauffolgenden Streiks für dieses relativ schwache Ergebnis nach gut der Hälfte ihrer Präsidentschaft verantwortlich sein.

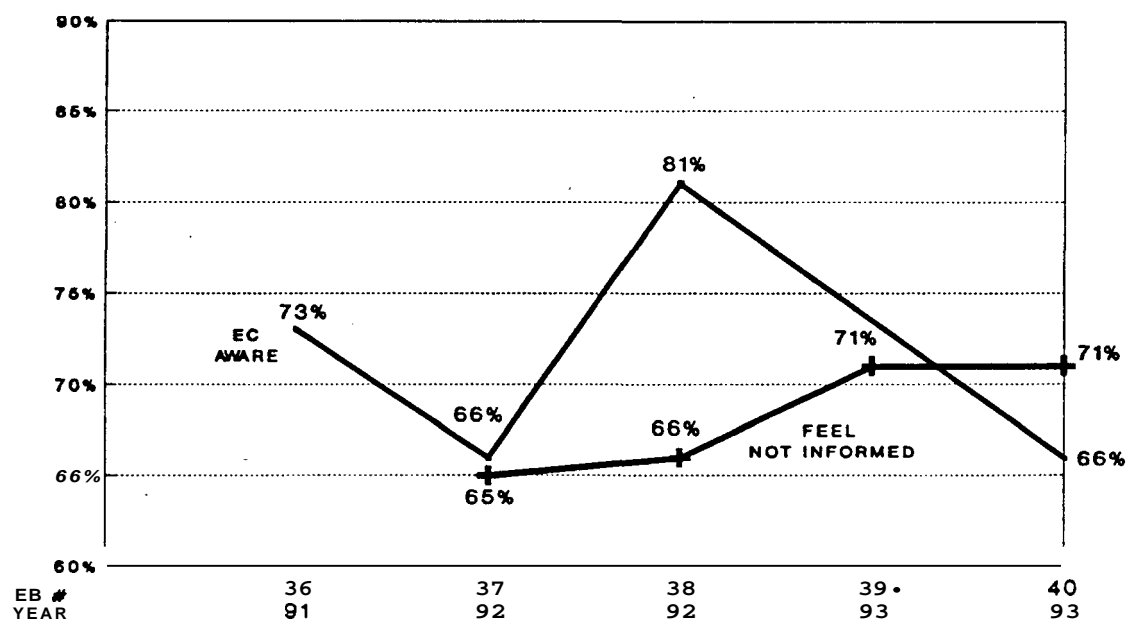
EUROBAROMETER 40

AWARENESS OF EUROPEAN COMMUNITY AND ITS INSTITUTIONS IN THE MEDIA 'RECENTLY'



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 21.

AWARENESS AND FEELING (UN)INFORMED ABOUT THE EUROPEAN COMMUNITY 1991-1993 -EC12



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 2.2.

-) Question about EC-awareness not asked

2. DEN BÜRGERN DIE EUROPÄISCHE UNION VERMITTELN

2.1 Bekanntheitsgrad der EU und ihrer Institutionen

Bei der EUROBAROMETER Umfrage Nr. 40 gaben EG-weit zwei Drittel (66%) der Befragten an, "in letzter Zeit" etwas über die Europäische Gemeinschaft gehört oder gelesen zu haben (Tab. 23). Des größten Bekanntheitsgrades erfreut sich bei dieser Umfrage das Europa-Parlament (57%), gefolgt von der Europäischen Kommission (47%) und dem Europäischen Gerichtshof (40%) sowie praktisch anteilsgleich dem Europäischen Rat (39%) (Abb. 2.1, Tab. 24).

2.2 Interesse an mehr Informationen

Mit Ausnahme der Dänen (68% "interessiert") und Griechen (54%) sind die meisten EU-Bürger nicht besonders oder überhaupt nicht an Europapolitik interessiert, "also an Dingen, die die Europäische Gemeinschaft betreffen" (Tab. 25).

Die Diskussion um Maastricht hat offenbar bei der Mehrheit der EU-Bürger kein anhaltendes größeres Interesse an der Politik der Europäischen Gemeinschaft ausgelöst.

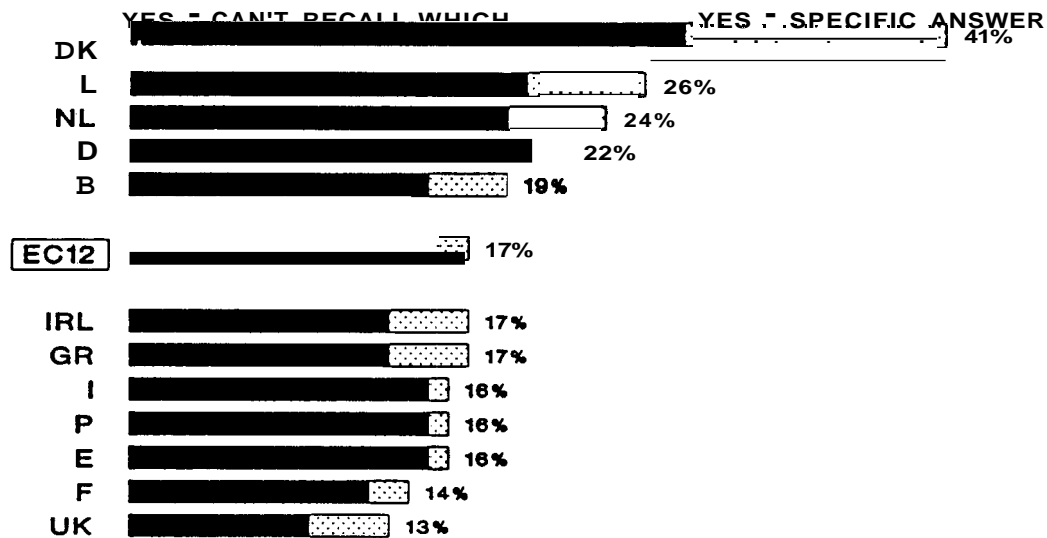
Dennoch wird auf andere Art das "Informationsdefizit" empfunden - nicht, weil die EU-Bürger mehr Interesse haben, sondern weil sie sich schlechter informiert fühlen.

71% der EU-Bürger insgesamt meinen, daß sie "Über die Europäische Gemeinschaft, ihre Politik und ihre Institutionen nicht sehr gut/überhaupt nicht gut informiert sind". Nur 27% fühlen sich "sehr/ziemlich gut informiert" (Tab. 26). Die ersten beiden Male, als diese Frage gestellt wurden (1992), fühlten sich die Befragten etwa im Verhältnis 2:1 nicht gut informiert (Frühjahr: 65:33; Herbst 66:32). 1993 hatte sich dieses Verhältnis auf nahezu 3:1 (beide Umfragen 71:27) erhöht (Abb. 2.2).

Die Vollendung des Binnemarktes und die Diskussion um Maastricht haben den EU-Bürgern vor Augen geführt, wie wenig sie eigentlich über Dinge wissen, die sich immer mehr auf ihr tägliches Leben auswirken. Das Erwachen dieses neuen Bewußtseins brachte das "Informationsdefizit" zutage, das immer vorhanden war, nur in Zeiten des "freizügigen Konsens" nicht verspürt wurde.

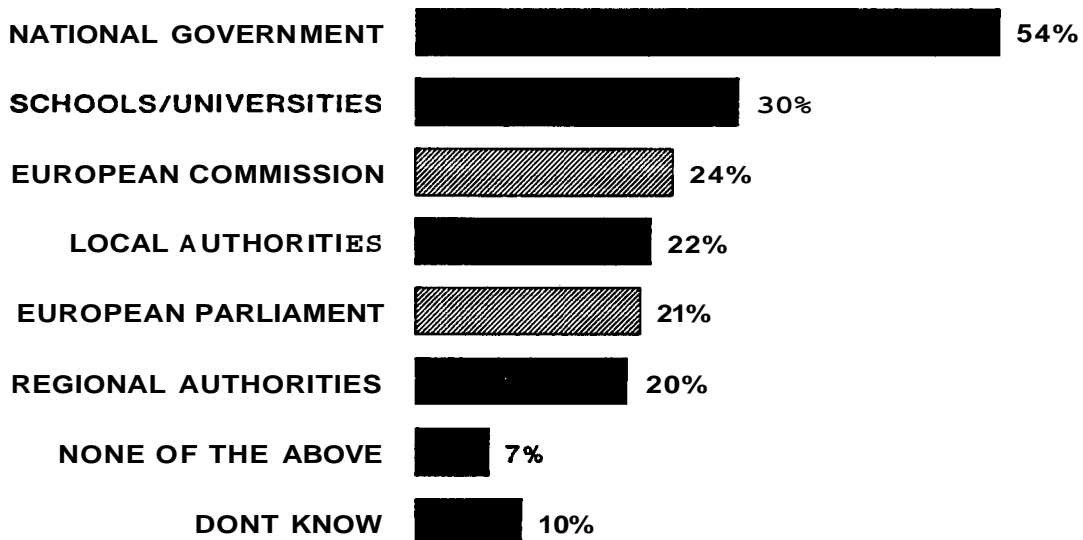
EUROBAROMETER 40

AWARENESS OF SPECIALISED AGENCIES GIVING EC INFORMATION



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 2.9.

WHO SHOULD PROVIDE EC INFORMATION? -EC12



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 2.10.

2.3 Woher diese Information beziehen?

Es wurde folgende Frage gestellt: Wenn Sie mehr Informationen über die Europäische Gemeinschaft, ihre Politik, ihre Institutionen erhalten wollen, wo suchen Sie dann? Dabei wurden keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Die am häufigsten genannten Informationsquellen sind erwartungsgemäß Fernsehen/Rundfunk (51%) und Tageszeitungen (42%), obgleich die Medien in sehr **speziellen** Fragen offenbar nicht so häufig zu Rate gezogen werden (Tab. 30). Interessanterweise kommt kaum jemand (1%) auf den Gedanken, mit einem Mitglied des Europa-Parlaments oder des nationalen Parlaments Kontakt aufzunehmen - nirgends ist dieser Anteil höher als 4% (Irland). Lediglich in Dänemark gibt ein bedeutender Anteil (41%) der Befragten an, jemals von Organisationen mit speziellen Abteilungen gehört zu haben, die ausführliche Informationen über die Europäische Gemeinschaft anbieten (Abb. 2.9, Tab. 31).

2.4 Wer sollte diese Information liefern?

Wber die Hälfte der EU-Bürger ist der Meinung, daß in erster Linie die nationalen Regierungen dafür verantwortlich sein sollten, diese Informationen zur Verfügung zu stellen (54%). Diese Quelle der Information wird in allen Ländern von den meisten Befragten genannt, angefangen von den Dänen (74%) und Griechen (73%) bis hin zu den Belgiern und Deutschen (beide 41%) (Abb. 2.10, Tab. 32). Den zweiten Rang nehmen - ebenfalls in allen Ländern - die Schulen und Universitäten ein (30%), obgleich in Dänemark, Spanien, Frankreich und dem Vereinigten Königreich die Europäische Kommission fast das gleiche Ergebnis erzielt³. Zählt man die Stimmen für die Europäische Kommission und das Europa-Parlament zusammen, so belegen die "Europäischen Institutionen" den zweiten Platz.

2.5 Neue Wege der Kommunikation

60% der EU-Bürger wären dafür, wenn öffentliche Stellen Geld dafür ausgeben würden, um Informationen über die Europäische Gemeinschaft, ihre Institutionen, ihre Politik und ihre Bestimmungen im Fernsehen zu senden. 17% sind dagegen. 12% sagen spontan, es sei nicht nötig, dafür Geld auszugeben, denn die Medien berichten ausreichend über EG-Angelegenheiten. Auch dies sehen wir als Anzeichen für den Verdacht, daß die "Orientierungskluft" in vielen Fällen größer ist als das "Informationsdefizit" (Tab. 34).

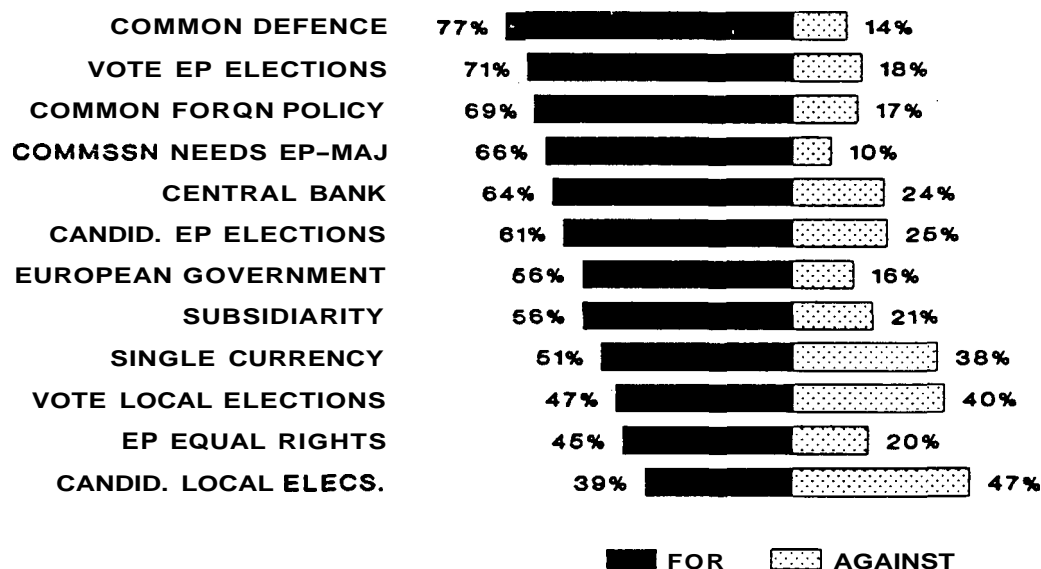
2.6 Trends in der Verwendung der Medien

Von den drei abgefragten Medien - Fernsehen, Tageszeitungen, Radio - konnten EU-weit lediglich die Fernsehnachrichten einen spürbar stärkeren Zuspruch verzeichnen. 1980 hatten **60%** der EG-Bürger angegeben, täglich Fernsehnachrichten zu sehen. Zum **Frühjahr** 1989 war dieser Anteil auf **69%** gestiegen, wo er mehr oder weniger konstant blieb (70% im Herbst 1993). Das Radio als Informationsquelle scheint immer mehr an Bedeutung zu verlieren (1993: **42%** "jeden Tag"). Damit haben ab Frühjahr 1991 die Tageszeitungen das Radio als Informationsquelle über das aktuelle Zeitgeschehen überholt (1993: 44% "jeden Tag") (Tab. 35).

³ Die Portugiesen bilden hier eine Ausnahme: an zweiter Stelle (39%) werden hier regionale Behörden und an dritter Stelle (34%) lokale Behörden genannt; dadurch kommt deutlich der Wunsch zum Ausdruck, die Kommunikation zum Thema Europa im wesentlichen auf das eigene Land zu beschränken.

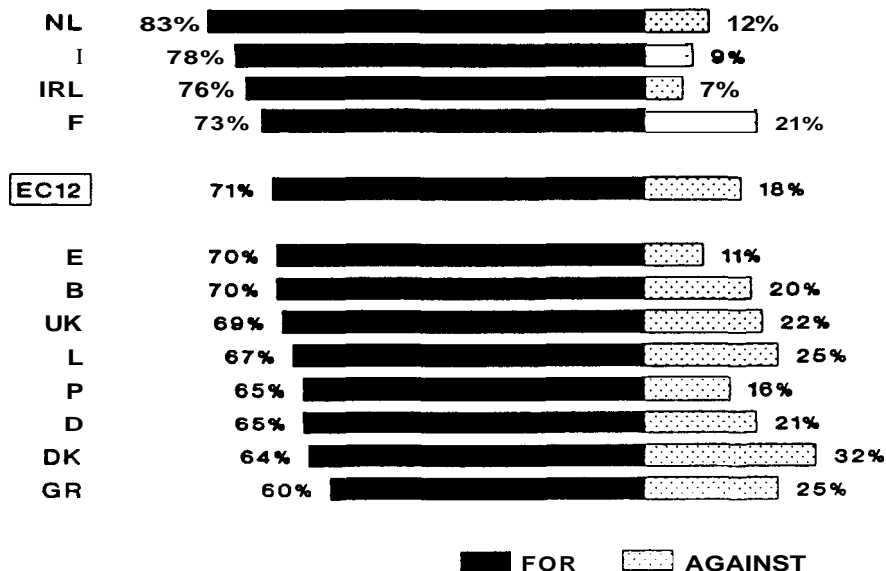
EUROBAROMETER 40

FOR OR AGAINST: -EC12



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 3.3.

FOR OR AGAINST: EU NON-NATIONALS VOTE AT EP ELECTIONS



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 3.4.

3. EUROPA-POLITIK

3.1 Bekanntheitsgrad der wichtigsten Probleme

In der Phase der EUROBAROMETER Meinungsumfrage Nr. 40 (Oktober 1993) ist der Vertrag von Maastricht noch immer das wichtigste Thema, über das sich die Bürger der EU insgesamt in den Medien informiert haben (Tab. 38). EU-weit steht an zweiter Stelle der Binnenmarkt (68%), und sodann folgen die Anstrengungen der EG, bei der Lösung der Konflikte im früheren Jugoslawien zu helfen (66%), das GATT (52%) und die Reform der GAP (51%). Über die Hälfte der EU-Bürger gaben an, über all diese Themen in letzter Zeit etwas gehört oder gelesen zu haben.



3.2 Maastricht

Wie wir gesehen haben, füllte Maastricht die Schlagzeilen genau bis zum Abschluß des Ratifizierungsprozesses. Wie sieht die letzte Wertung der Befürworter oder Gegner des Vertrags aus? Klammert man die Unentschlossenen aus, sind letztendlich in allen Ländern mit einer Ausnahme Mehrheiten für den Vertrag. Die einzige Ausnahme bildet das Vereinigte Königreich (39% dafür; 61% dagegen) (Tab. 39). Betrachtet man einige der wichtigsten Inhalte des Vertrags, die derzeit von der Europäischen Union verwirklicht werden sollen, so finden viele Bestimmungen von "Maastricht" breite Zustimmung (Abb. 3.3, Tab. 40), so auch der Vorschlag, daß Bürger aus anderen EU-Ländern bei den Europa-Wahlen wählen dürfen (Abb. 3.4).

Die einheitliche Währung wurde während der letzten drei Jahre für die EU zu einem immer größeren Problem. Dennoch hat sich insgesamt immer eine Mehrheit der EU-Bürger für den Vorschlag einer einheitlichen Währung ab 1999 ausgesprochen; allerdings ist diese Mehrheit geringfügig geschrumpft. Obgleich auch in Deutschland, Dänemark und dem Vereinigten Königreich eine Zeit lang Mehrheiten die einheitliche Währung in der EU befürwortet haben (vor allem im Frühjahr 1991), haben sich in diesen Ländern doch immer mehr Zweifel breit gemacht (Abb. 3.6). In allen anderen Ländern gibt es dagegen breite Zustimmung (Abb. 3.5). Dafür ist es keinesfalls notwendig, daß alle Länder der EU der Europäischen Währungsunion angehören (das Vereinigte Königreich und Dänemark verfügen über eine Ausstiegsklausel); dennoch ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt undenkbar, daß dieser Prozeß ohne die volle Unterstützung der deutschen Regierung in Gang kommt, was wiederum von der Zustimmung der Öffentlichkeit abhängig ist.

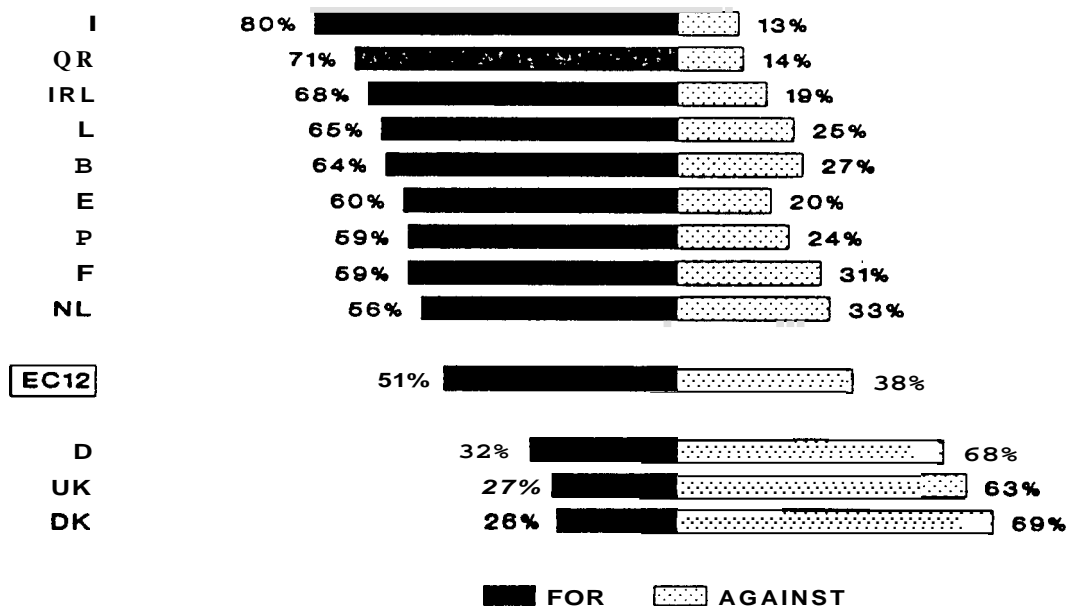
3.3 Subsidiarität: nationale Entscheidung oder EG-Zuständigkeit

Seit einiger Zeit wird bei den EUROBAROMETER-Umfragen regelmäßig gemessen, ob die EU-Bürger in bestimmten politischen Bereichen Entscheidungen durch die nationalen Regierungen oder gemeinsame Entscheidungen der EU vorziehen würden. Hier gibt es eindeutige Präferenzen (Abb. 3.7, Tab. 41).

⁴ Die Deutsche Bundesregierung benötigt für die Einführung der einheitlichen Währung die Zustimmung des Bundestags.

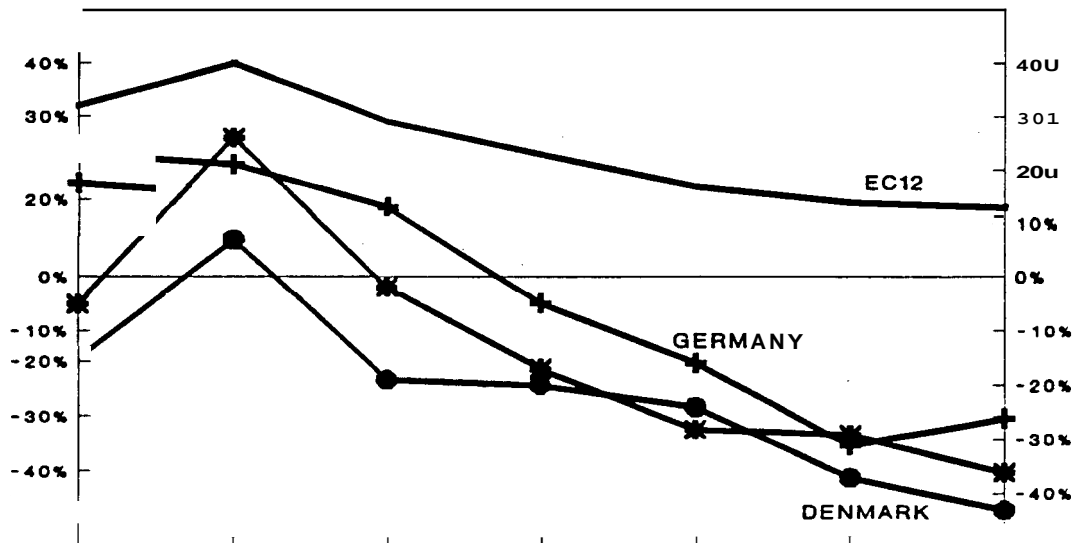
EUROBAROMETER 40

SINGLE EUROPEAN CURRENCY



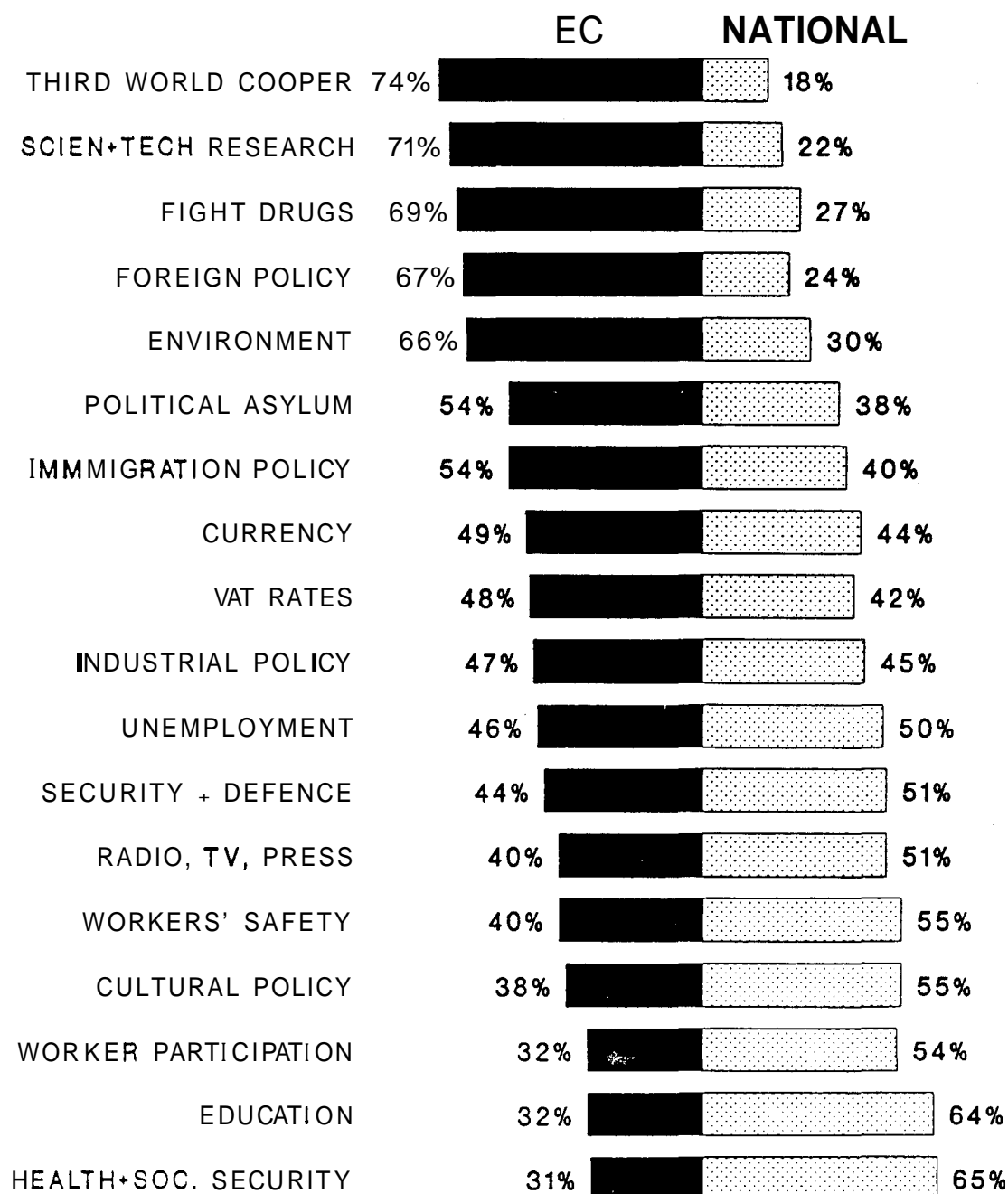
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 3.5.

'NET APPROVAL OF SINGLE EUROPEAN CURRENCY - DK, D, UK, EC12



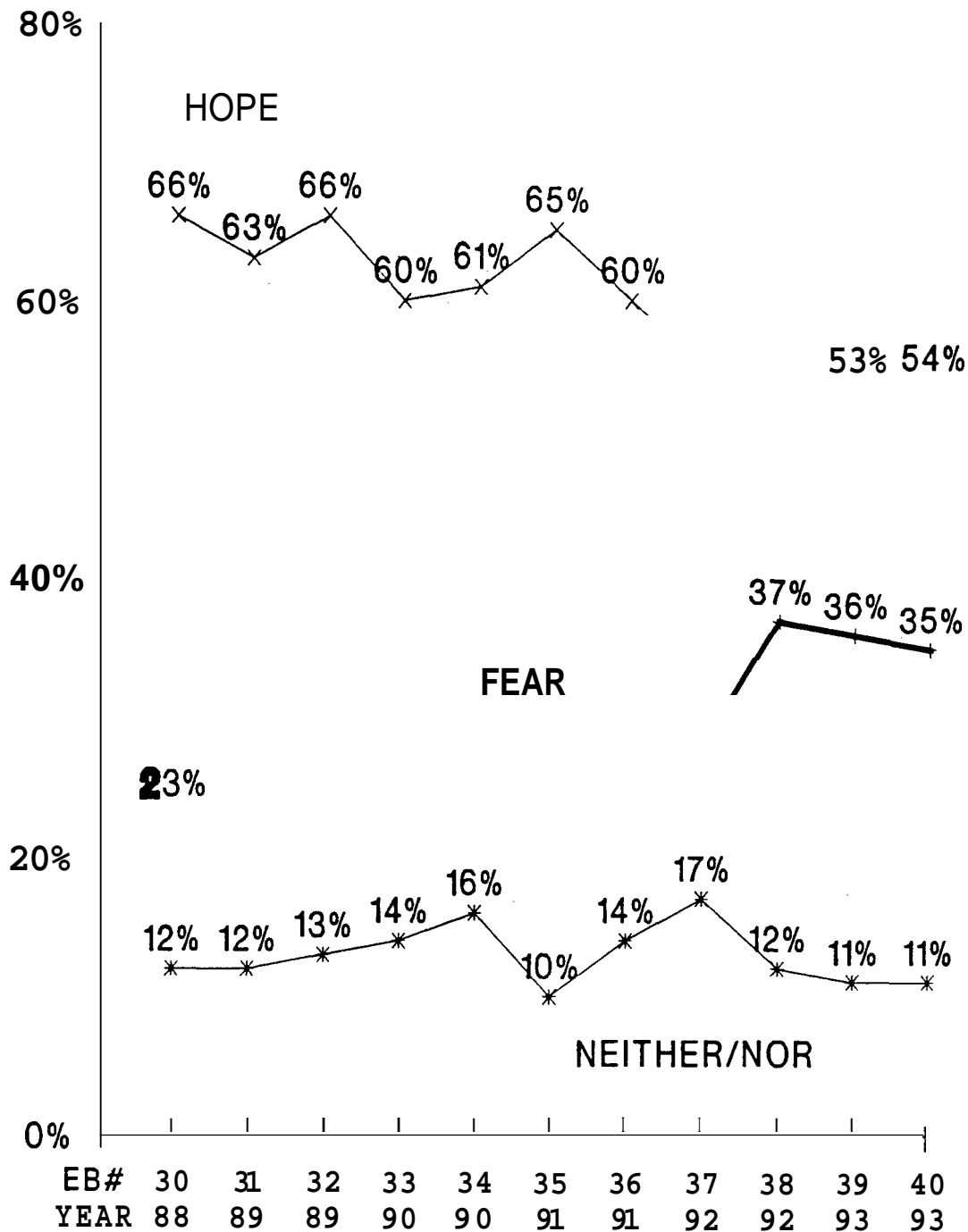
EUROBAROMETER 40 - FIGURE 3.6.

NATIONAL OR JOINT EC DECISION MAKING? 18 POLICY AREAS - EC12



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 3.7.

SINGLE MARKET - HOPE OR FEAR? 1988 - 1993 - EC12



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 3.8.

Insgesamt sind die Italiener diejenigen, die der Union die größte Verantwortung übertragen würden - in **14** Fragen sprechen sich Mehrheiten für Entscheidungen auf EU-Ebene aus, in nur zwei Fragen sind Mehrheiten für nationale Entscheidungen (zwei Fragen unentschieden). Das andere Extrem: bei den Dänen ziehen in **12** Fragen Mehrheiten Entscheidungen durch die nationale Regierung vor, nur fünf gehen an die Union (eine unentschieden), während die Briten mehrheitlich **13** an die nationale Regierung und **5** an die Union geben würden (keine unentschieden). Die beiden deutlichsten Meinungsumschwünge gegenüber der Umfrage vor sechs Monaten waren in folgenden Fragen zu verzeichnen: im Kampf gegen Drogen und in Fragen der Sicherheit und Verteidigung sprechen sich mehr Bürger für Entscheidungen der nationalen Regierungen und gegen Entscheidungen der Europäischen Union aus (**+10** bzw. **+9**).

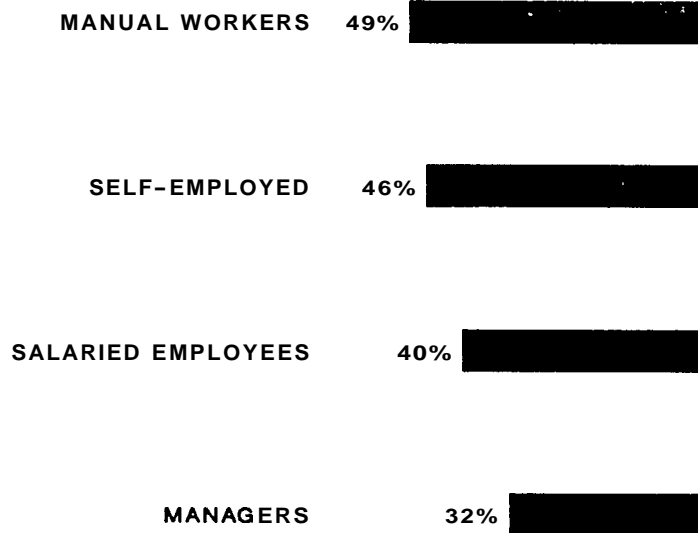
3.4 Der europäische Binnenmarkt

In der Frage des Binnenmarktes haben sich die Gemüter in der Europäischen Union wieder etwas beruhigt. Die Leser des EUROBAROMETER werden sich erinnern, daß es der Binnenmarkt und nicht Maastricht war, der den Rückgang in der allgemeinen Zustimmung der Öffentlichkeit zur Europäischen Gemeinschaft ausgelöst hat. Seit dem Tiefpunkt vor einem Jahr war eine geringfügige Zunahme der EU-Bürger zu verzeichnen, die mit Hoffnung auf den Binnenmarkt blicken. Heute erklären EU-weit **54%** der Befragten, daß sie mit Hoffnungen auf den Binnenmarkt blicken, während **35%** Befürchtungen äußern (Abb. **3.8**, Tab. **42**). im Vergleich zu vor einem Jahr ist die Zahl der Optimisten um drei Prozentpunkte gestiegen, während die Pessimisten um **2** Prozentpunkte abgenommen haben.

3.5 Die Stellung der EU in der Welt

Bei der EUROBAROMETER Umfrage Nr. **39** im Frühjahr **1993** wurden die Bürger gefragt, ob die Europäische Gemeinschaft insgesamt mehr Verantwortung übernehmen sollte, um Konflikte in aller Welt beizulegen. Die Antwort war ein überwältigendes "JA". In Anbetracht der Situation im früheren Jugoslawien und Somalia und der unsicheren Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion meinen **72%** der EU-Bürger, die Union sollte sich stärker engagieren, während nur **14%** gegenteiliger Meinung sind (Tab. **49**).

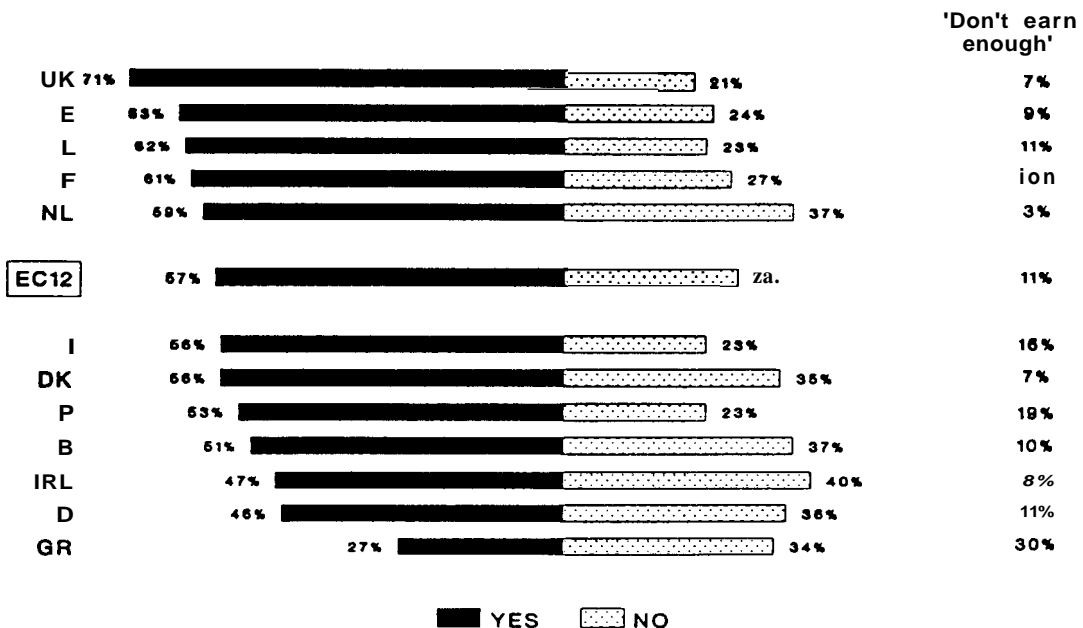
WORRIED ABOUT BEING MADE TO STOP WORK -EC12 *



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 4.3.

*)source: Flash EB 20

READINESS TO PAY MORE TAX TO CREATE NEW JOBS'



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 4.4.

*)source: Flash EE 20

4. ARBEITSMARKINITIATIVEN IN DER EUROPÄISCHEN UNION⁵

4.1 Arbeitslosigkeit: Probleme und Lösungen

Viele EU-Bürger sind der Ansicht, daß die gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage die Hauptursache für die hohe Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft ist (**34%**) (Tab. 51). Allerdings nennen ebensoviele (**34%**) die "ungeeignete Politik unserer Regierungen". **10%** halten einen Mangel an Solidarität unter den Ländern der Europäischen Gemeinschaft für ausschlaggebend, während nur **9%** den Grund in übermäßig hohen Löhnen und Gehältern sehen. Nur sehr wenige machen den Binnemarkt (**3%**) oder die Europäische Gemeinschaft (2%) dafür verantwortlich.

4.2 Job-Sharing

45% der EU-Bürger insgesamt wären bereit, für kürzere Arbeitszeiten einen etwas geringeren Verdienst hinzunehmen; darunter die Mehrheit der Arbeitslosen (**56%**), die Hälfte der Führungskräfte und Angestellten (jeweils **50%**); weniger Zustimmung findet dieser Vorschlag bei den Arbeitern (**43%**) und Selbstständigen (**40%**) (Tab. 54).

4.3 "Flexible" Arbeitszeiten

Die Bürger der EU würden im Verhältnis von **56%** zu **36%** flexible Arbeitszeiten gegenüber festen Arbeitszeiten vorziehen (Tab. 55). 2% erklären spontan, dies hänge davon ab, ob sich dadurch der Verdienst ändern würde.

4.4 Berufliche Bildung

Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ist allgegenwärtig. Fast die Hälfte der Arbeiter (**49%**) und Selbstständigen (**46%**) machen sich Sorgen darüber, daß sie gezwungen sein könnten, ihre Tätigkeit aufzugeben. Diese Furcht ist auch bei den Angestellten weit verbreitet (**40%**), bei den Führungskräften hingegen weniger ausgeprägt (32%) (Abb. 4.3, Tab. 59). **63%** der Befragten sind der Meinung, daß sie durch eine bessere berufliche Bildung keine besseren Chancen hätten, ihren Arbeitsplatz zu behalten. **16%** würden sich dadurch etwas bessere Chancen ausrechnen, während **18%** überzeugt sind, daß sie mit derartigen Erfahrungen viel bessere Chancen hätten. Damit ist ein Drittel der Befragten der Auffassung, eine bessere berufliche Bildung wäre hilfreich (Tab. 60).

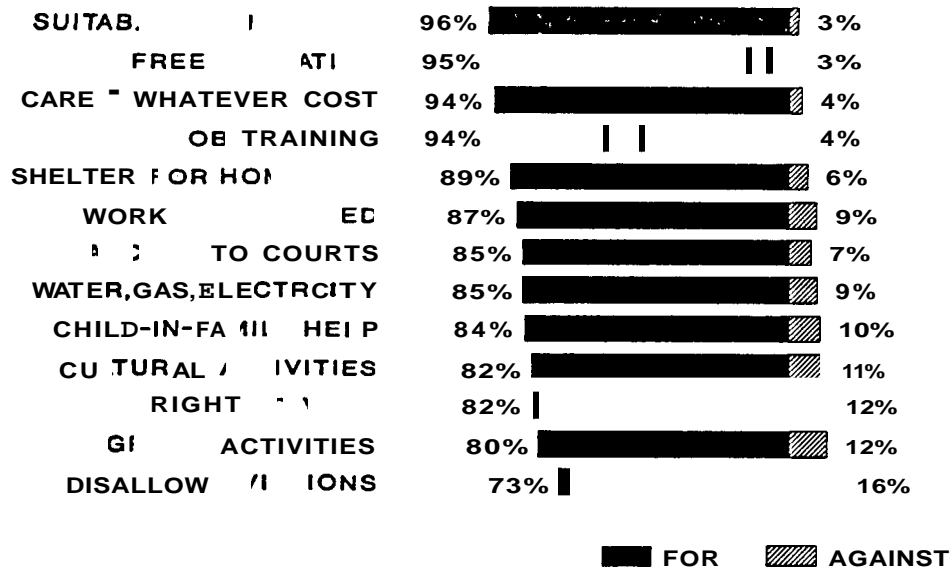
4.5 Beschäftigung und ihre Zukunft

57% der EU-Bürger erklären sich bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn sie sicher sein könnten, daß diese zusätzlichen Gelder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet würden. 28% wären dazu nicht bereit, während **11%** diese Idee spontan mit der Begründung zurückweisen, daß sie nicht genug verdienen (Abb. 4.4, Tab. 61).

⁵ Normalerweise werden in diesem Kapitel die Haltungen der EU-Bürger zum Europa-Parlament erörtert. Die GD III des Europa-Parlaments hatte in EB39 doppelt so viele Fragen wie üblich gestellt, diesmal jedoch keine Fragen eingereicht. Alle in Kapitel 4 ausgewiesenen Ergebnisse beziehen sich auf die Flash-Telefonumfrage Nr. 20, die in der Zeit vom 31. August bis 16. September 1993 von EOS-GALLUP Europe im Auftrag der GD V Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten bei 500 Befragten pro Land durchgeführt wurde. In Ostdeutschland wurde die Befragung persönlich durchgeführt. In Griechenland, Spanien, Portugal und Irland wurden nur die großen Stadtgebiete berücksichtigt; die Ergebnisse sind daher nicht direkt vergleichbar.

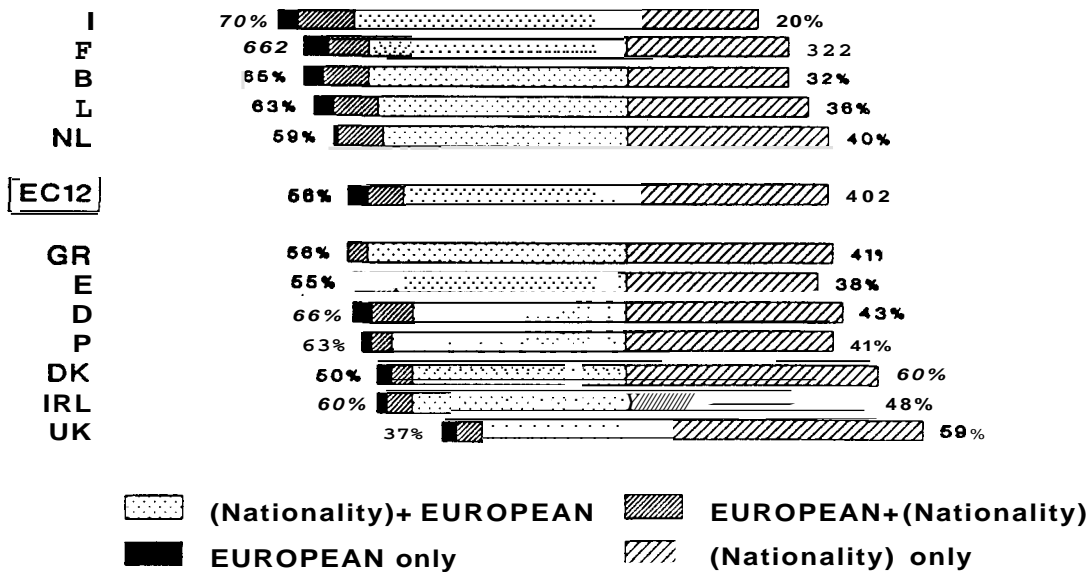
EUROBAROMETER 40

FOR OR AGAINST GUARANTEEING CERTAIN RIGHTS FOR ALL -EC12



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 5.1.

NATIONAL AND EUROPEAN IDENTITY: DO YOU SEE YOURSELF IN THE NEAR FUTURE AS ..



EUROBAROMETER 40 - FIGURE 5.2.

5. SONSTIGE EUROPÄISCHE DIMENSIONEN

5.1 Armut und soziale Ausgrenzung⁶

Ausgeprägte Mehrheiten stimmen der Ansicht zu, daß es notwendig ist, allen Menschen bestimmte Rechte zu garantieren, so daß jeder in Würde leben kann (Abb. 5.1, Tab. 63). In allen Ländern sprechen sich absolute Mehrheiten für diese Vorschläge aus: das soziale Gewissen und das Bewußtsein um den Wohlfahrtsstaat lebt! Und das unterscheidet Europa nach wie vor von den USA wie auch von Japan.

5.2 Nationale oder europäische Identität

Nimmt man diejenigen, die sich als (NATIONALITÄT) und Europäer fühlen, PLUS diejenigen, die sich als Europäer und (NATIONALITÄT) fühlen, PLUS diejenigen, die sich nur als Europäer fühlen, zusammen, so sagen **56%** der EU-Bürger insgesamt, daß sie sich irgendwie auch als Europäer fühlen; bei **40%** hingegen (nur NATIONALITÄT) ist dies nicht der Fall (Abb. 5.2, Tab. 64).

Die europäischste Gesinnung ist bei den Italienern festzustellen (70%), gefolgt von den Franzosen, Belgiern (beide **65%**), Luxemburgern (**63%**) und Niederländern (59%). Die Iren (**50:48**) und Dänen (50:50) sind in dieser Frage gespalten, während sich die meisten Briten nur als Briten (59% "NATIONALITÄT") und nicht auch irgendwie als Europäer (**37%**) sehen.

5.3 Ansichten zum Europäischen Gerichtshof

Die Bürger der EU wurden gebeten zu sagen, ob sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht (Tab. 65):

- * "Man kann normalerweise darauf vertrauen, daß die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für die Gemeinschaft als Ganzes richtig sind". **49%** der EU-Bürger stimmen zu, **11%** stimmen nicht zu.
- * "Wenn der Europäische Gerichtshof anfangen würde, eine Vielzahl von Entscheidungen zu treffen, denen die meisten Menschen nicht zustimmen, wäre es vielleicht besser, den Gerichtshof ganz abzuschaffen". Eine absolute Mehrheit der EU-Bürger stimmt dieser Aussage zu: **54%** zu **17%**.
- * "Das Recht des Europäischen Gerichtshofes, über bestimmte kontroverse Angelegenheiten zu entscheiden, sollte eingeschränkt werden". Die Bürger der EU sind eher dafür (**37%**) als dagegen (**22%**).
- * "Die verschiedenen Gesetze der Europäischen Gemeinschaft geben dem Europäischen Gerichtshof zu viel Macht". Nur eine Minderheit äußert hier überhaupt eine Meinung; **26%** stimmen zu, **18%** stimmen nicht zu.

⁶ Teil einer umfassenden Umfrage im Rahmen des EUROBAROMETER 40, die im Auftrag der Generaldirektion V Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten durchgeführt wurde.

Übersetzung der Texte in den AbbildungenAbb. 1.7

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 a

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (B)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 b

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (DK)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 c

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (D)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 d

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (GR)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 e

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (E)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 f

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (F)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 g

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (IRL)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 h

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (I)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 i

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (L)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 j

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (NL)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7 k

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (P)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.7.1

ZUSTIMMUNG ZUR EUROPÄISCHEN EINIGUNG UND ZUR EG (EG12) (UK)
(Vereinigung; Mitgliedschaft; Vorteil; würde Scheitern bedauern)

Abb. 1.10

DAS "EURO-DYNAMOMETER" (Durchschnitt EG 12 zu 7-Punkte-Skala - Trend)

Der Fortschritt Europas: derzeitige empfundene Geschwindigkeit; gewünschte Geschwindigkeit
1 - steht still ; 7 - läuft so schnell wie möglich

Abb. 2.1

ÜBER DIE MEDIEN VERMITTELTEN BEKANNTHEITSGRAD DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFT UND IHRER INSTITUTIONEN "IN LETZTER ZEIT"

Europäische Gemeinschaft/ Europa-Parlament/ Europäische Kommission/ Europäischer Gerichtshof/
Europäischer Rat

Abb. 2.2

BEKANNTHEITSGRAD DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT UND GEFÜHL, GUT/NICHT
GUT ÜBER SIE INFORMIERT ZU SEIN

EG bekannt - fühlen sich nicht informiert

*) Frage zum Bekanntheitsgrad nicht gestellt

Abb. 2.9

BEKANNTHEITSGRAD VON SPEZIELLEN DIENSTEN, DIE EG-INFORMATIONEN ANBIETEN
ja, kann mich aber nicht erinnern, welche/ ja - spezifische Antwort

Abb. 2.10

WER SOLLTE EG-INFORMATIONEN LIEFERN?

Nationale Regierung/ Schulen und Universitäten/ Europäische Kommission/ Lokale Behörden/ Europa-
Parlament/ Regionale Behörden/ Keine davon/ Weiß nicht

Abb. 3.3

FÜR ODER GEGEN:

Gemeinsame Verteidigung/ Wahlrecht EP-Wahlen/ Gemeinsame Außenpolitik/ Kommission braucht
EP-Mehrheit/ Zentralbank/ Kandidatur EP-Wahlen/ Europäische Regierung/ Subsidiarität/ Einheitliche
Währung/ Wahlrecht Kommunalwahlen/ EP-Gleichberechtigung/ Kandidatur Kommunalwahlen/ dafür -
dagegen

Abb. 3.4

FÜR ODER GEGEN: BÜRGER AUS ANDEREN EU-LÄNDERN DÜRFEN BEI EP-WAHLEN
WÄHLEN

Abb. 3.5

EINHEITLICHE EUROPÄISCHE WÄHRUNG
dafür - dagegen

Abb. 3.6

NETTO-ZUSTIMMUNG ZU EINHEITLICHER EUROPÄISCHER WÄHRUNG

Abb. 3.7

NATIONALE ENTSCHEIDUNGEN ODER GEMEINSAME ENTSCHEIDUNGEN IN DER EG?
18 politische Bereiche - EG12

Zusammenarbeit Entwicklungsländer/ Forschung in Wissenschaft u. Technik / Kampf gg. Drogen/
Außenpolitik/ Umwelt/ Politisches Asyl/ Einwanderungspolitik/ Währung/ MwSt.-Sätze/ Industriepolitik/
Arbeitslosigkeit/ Sicherheit und Verteidigung/ Presse- u. Fernsehwesen/ Sicherheit der Arbeitnehmer /
Kulturpolitik/ Mitbestimmungsrecht/ Bildungs- und Erziehungswesen/ Gesundheits- und Sozialwesen/

Abb. 3.8

BINNENMARKT - HOFFNUNG ODER BEFÜRCHTUNG?

Hoffnung - Befürchtung - weder noch

Abb. 4.3

SORGE ÜBER ZWANG, DIE EIGENE TÄTIGKEIT AUFZUGEBEN

Arbeiter/ Selbstständige/ Angestellte/ Führungskräfte

Abb. 4.4

BEREITSCHAFT, FÜR DIE SCHAFFUNG NEUER ARBEITSPLÄTZE MEHR STEUERN ZU
ZAHLEN: ja - nein

Abb. 5.1

FÜR ODER GEGEN DIE GARANTIE BESTIMMTER RECHTE FÜR ALLE

Geeignete Unterbringung/ Kostenlose Schulbildung/ Pflege, kostenunabhängig/ Berufsausbildung/
Unterkunft für Obdachlose/ Freier Zugang zu Gerichten/ Wasser, Gas, Elektrizität/ Hilfe für Kinder in
der Familie Kulturelle Veranstaltungen/ Wahlrecht/ Mitwirkung in Gruppen/ Schutz vor Räumung:
dafür - dagegen

Abb. 5.2

NATIONALE UND EUROPÄISCHE IDENTITÄT: SEHEN SIE SICH KÜNFTIG ALS ...
(Nationalität) + Europäer/ Europäer + (Nationalität)/ nur Europäer/ nur (Nationalität)